

<b>I. Vorwort des Präsidenten</b>	<b>3</b>
<b>II. Das Jahr 2004 in der Rückblende</b>	<b>5</b>
<b>Das politische Jahr</b>	<b>5</b>
Eidgenössische/kantonale Volksabstimmungen	5
Aus der Grossratsfraktion	7
<b>Das parteipolitische Jahr 2004</b>	<b>13</b>
Veranstaltungen	13
Vernehmlassungen	14
<b>III. Tätigkeitsberichte</b>	<b>18</b>
<b>Parteiorgane</b>	<b>18</b>
Geschäftsleitung	18
Parteivorstand	22
Delegiertenversammlungen	23
<b>Kommissionen</b>	<b>24</b>
Bildungs-, Kultur- und Sportfragen	24
Finanzen und Steuern	26
Soziales und Gesundheit	27
Gewerbe und Wirtschaft	29
Landwirtschaft-Tourismus	30
<b>SVP-Frauen Kanton Bern</b>	<b>32</b>
<b>Landesteile</b>	<b>34</b>
Emmental	34
Jura bernois	34
Mittelland	35
Oberraargau	36
Oberland	37
Seeland	39
<b>Gerichte</b>	<b>40</b>
Obergericht	40
Verwaltungsgericht	41
Untersuchungsrichterämter (Regionale und Kantonale)	42

<b>IV. Organisation / Personelles</b>	<b>44</b>
<b>Organigramm der SVP Kanton Bern</b>	<b>44</b>
<b>Personelle Zusammensetzung der Parteiorgane</b>	<b>45</b>
Geschäftsleitung	45
Parteivorstand	45
<b>Grossratsfraktion</b>	<b>47</b>
<b>Vertretung in der SVP Schweiz</b>	<b>48</b>
Kommissionspräsidenten	48
Mitglieder des Zentralvorstandes	48
<b>Regierungsmitglieder</b>	<b>49</b>
<b>Parteisekretariat</b>	<b>49</b>
<b>Stiftungsrat „Hilfsfonds SVP-Kanton Bern“</b>	<b>49</b>
<b>Vorstand des „Bären-Club“ der SVP-Kanton Bern</b>	<b>49</b>
<b>Wir gratulieren zur Wahl als</b>	<b>50</b>
<b>Wir danken ganz herzlich</b>	<b>50</b>
<b>Unsere Verstorbenen</b>	<b>51</b>
<b>Schlusswort</b>	<b>52</b>
<b>V. Die Partei in Zahlen</b>	<b>53</b>
<b>Mitgliederzahlen</b>	<b>53</b>

# I. Vorwort des Präsidenten

Das erfreulichste voraus: Die SVP Kanton Bern stellt für das Jahr 2005 den Bundespräsidenten Samuel Schmid. Er wurde von der Bundesversammlung am 8. Dezember 2004 bei 191 gültigen Stimmen mit 174 Stimmen ehrenvoll gewählt. Wir gratulieren Herrn Bundesrat Samuel Schmid zu diesem ausgezeichneten Resultat, wünschen im alles Gute während der einjährigen Amtszeit und freuen uns ihn durch dieses Jahr als kantonale SVP begleiten zu dürfen.

Die bernische SVP steht vor schwierigen politischen Entscheidungen, die im kommenden Jahr anfallen. Der Stellenwert der Bilateralen II wird auch innerhalb der Kantonalpartei unterschiedlich eingeschätzt und die darin enthaltenen einzelnen Verträge differenziert beurteilt. Am heftigsten umstritten ist ohne Zweifel das Abkommen zu Schengen/Dublin, in welchem wir uns verpflichten, kommendes, erst noch von der EU zu entwickelndes Recht automatisch zu übernehmen oder das Abkommen zu kündigen. Ähnlich umstritten ist die Erweiterung des eben erst am 1. Juni 2004 in Kraft getretenen Personenfreizügigkeitsabkommens auf die zehn neuen EU-Mitgliedsländer (Osterweiterung).

Es ist davon auszugehen, da diese beiden Vorlagen dem fakultativen Referendum unterstellt sind, dieses erfolgreich ergriffen wird und somit das Volk zu diesen beiden Vorlagen das letzte Wort hat. Aber in einer Volkspartei haben unterschiedliche Meinungen Platz. Die Frage ist, wie innerhalb einer Partei mit diesen unterschiedlichen Meinungen umgegangen wird. Die SVP Kanton Bern hat schon mehrfach bewiesen dass sie solchen Situationen gewachsen ist und sie unterschiedlichen Auffassungen dank dieser Stärke bewältigen und überstehen kann.

Unterschiedliche Haltungen treten auch auf bei der Beurteilung der doch sehr über den Stab gebrochenen Steuerinitiative der Wirtschaftsverbände. Unsere SVP macht sich einerseits gemäss Parteiprogramm für die Eigenverantwortung des Menschen und damit den Erhalt der persönlichen Freiheit stark. Dazu gehört ist auch das Streben nach Erhalt eines grösstmöglichen Anteils des erwirtschafteten Einkommens zur eigenverpflichteten und damit zur freien Verwendung. Andererseits kann der Staat nicht ständig seine Leistungen auf Grund von Parlaments- und/oder Volksbeschlüssen stetig ausbauen, ohne über entsprechende Finanzmittel zu verfügen. Wohin dies führt, kann jedermann der Verschuldungsstatistik des Kantons entnehmen. Ohne Einschränkung der staatlichen Tätigkeit und dem damit verbundenen Abbau der Verwaltungstätigkeit sind Steuererleichterungen in unserem Kanton engen Grenzen gesetzt.

Zu Bedauern ist erstens dass es der mehrheitlich bürgerlichen Regierung nicht gelang, dieser Initiative einen sinnvollen Gegenvorschlag gegenüberzustellen und auch der von der Kommission ausgearbeitete Gegenvorschlag im Grossen Rat unterlag. Dies kann nicht ohne Folgen bleiben. Nach wie vor leidet unser Gemeinwesen unter dem Umstand, das Geld auszugeben weit einfacher zu bewerkstelligen ist, als den Verzicht auf Wünschbares durchzusetzen. In vielen Städten und Gemeinden fanden im vergangenen Jahr Wahlen statt. Das erste Septemberwochenende war für die SVP sehr erfolgreich, gewann doch unsere Partei praktisch überall in Exekutiven und Legislativen Mandate hinzu. Leider wiederholten sich solche Wochenende bis Ende Jahr nicht mehr. Gewinne hier, Verluste dort. Insbesondere der Verlust eines Sitzes im Berner Gemeinderat und im Stadtparlament schmerzten. Dies besonders deshalb, weil nicht etwa dank einer erfolgreicherer Politik die SP (-4 Mandate im Parlament ) die Gewinnerin war. Internes Gerangel, mangelnde Führung, der Zickzackkurs der Bürgerlichen und ganz besonders der eigenen Partei schmälerten die Chancen für ein besseres Resultat empfindlich. Unter solchen Voraussetzungen lässt sich das Wählerpotenzial mit Sicherheit nicht ausschöpfen.

Eine Beurteilung aller Wahlgänge über das ganze Kantonsgebiet hinweg zeigt einmal mehr mit aller Deutlichkeit: Nicht die Ausrichtung der SVP auf nationaler Ebene und auch nicht die kantonale Politik vermögen gross auf die kommunalen Wahlergebnisse einzuwirken. Ob Wahlen in Kommunen gewonnen werden oder verloren gehen, hängt vielmehr von der Präsenz und der Tätigkeit der Ortssektion, von der Qualität und der Glaubwürdigkeit der präsentierten Kandidaten und vom persönlichen Engagement der Partei und ihrer Mitglieder ab. Diese Faktoren und ihr Zusammenwirken vor Ort bestimmen den Wahlerfolg und Erfolg verleiht Flügel. In diesem Sinne ein herzliches Dankeschön allen, die sich im vergangenen Jahr - auf welcher Stufe auch immer - für unsere Partei, für die SVP eingesetzt haben. Besonderer Dank geht an die Mitglieder der Organe der Partei, an die Mitglieder in den eidgenössischen Räten, an die Grossratsfraktion und die Mitglieder der Regierung, die Statthalter(innen in den verschiedenen Ämtern an die Gemeindepräsident(innen), Gemeinderatspräsident(innen), an die Mitglieder der Gemeinderäte und an die Mitglieder eidgenössischer, kantonaler und Kreisgerichte, sowie an den Parteisekretär und seine Mitarbeiter, insbesondere an Frau Ursula Stucki, die per 31. Dezember (siehe Schlusswort) in den wohlverdienten Ruhestand eingetreten ist.

Hermann Weyeneth  
Parteipräsident

## II. Das Jahr 2004 in der Rückblende

### Das politische Jahr

#### Eidgenössische/kantonale Volksabstimmungen

	<u>Abstimmungsergebnisse</u>			<u>Parole</u>
		Schweiz	Kanton Bern	
<b>08. Februar</b>				
<b><i>Eidgenössisch</i></b>				
Avanti-Gegenentwurf	JA	800'632	104'149	JA
	NEIN	1'351'500	187'749	
Mietrechts-Gesetzesrevision	JA	755'561	104'501	JA
	NEIN	1'347'458	181'335	
Verwahrungs-Initiative	JA	1'198'867	1'531'267	JA
	NEIN	934'569	135'809	
Stimmbeteiligung		46,0%	42,5%	
<b>16. Mai</b>				
<b><i>Eidgenössisch</i></b>				
AHV-Revision	JA	772'964	103'220	JA
	NEIN	1'634'326	232'870	
Anhebung der Mehrwertsteuer zu Gunsten von AHV und IV	JA	756'917	114'555	JA
	NEIN	1'650'934	221'360	
Steuerpaket	JA	821'683	91'813	NEIN
	NEIN	1'585'708	244'969	
<b><i>Kantonal</i></b>				
Tram Bern West	JA	154'603		NEIN
	NEIN	156'797		
Stimmbeteiligung		50,0%	49,01%	

Abstimmungsergebnisse      Parole  
Schweiz    Kanton Bern

**26. September**

***Eidgenössisch***

Über die ordentliche Einbürgerung sowie über die erleichterte Einbürgerung junger Ausländer der zweiten Generation

	JA	1'110'650	157'280		
	NEIN	1'452'669	194'973		NEIN

Bürgerrechtserwerb von Ausländern der dritten Generation

	JA	1'238'849	180'454		
	NEIN	1'322'668	172'279		NEIN

Postdienste für alle

	JA	1'247'839	167'214		
	NEIN	1'259'125	179'564		NEIN

Mutterschaftsversicherung

	JA	1'416'913	193'720		
	NEIN	1'138'856	158'807		JA

Stimmbeteiligung

	53,15%	51,22%
--	--------	--------

**28. November**

***Eidgenössisch***

Neugestaltung Finanzausgleich

	JA	1'104'551	173'883		
	NEIN	611'587	66'852		JA

Neue Finanzordnung

	JA	1'258'651	189'009		
	NEIN	446'929	50'212		JA

Stammzellenforschung

	JA	1'156'613	149'924		
	NEIN	585'414	93'148		JA

***Kantonal***

Änderung Personalgesetz

- Vorlage GR

	JA		109'812		
	NEIN		102'796		JA

- Volksvorschlag

	JA		104'144		
			106'832		NEIN

- Stichfrage

- Vorlage GR

	JA		101'586		
--	----	--	---------	--	--

- Volksvorschlag

			106'063		
--	--	--	---------	--	--

Stimmbeteiligung

	35,73%	35,27%
--	--------	--------

## **Aus der Grossratsfraktion**

Der Jahresbeginn wurde überschattet vom Tod unseres Grossratskameraden Hans Bichsel. Am 30. Januar mussten wir in der Kirche Belp von ihm Abschied nehmen. Der Unternehmer aus Belp nahm am 1. Juni 1998 im bernischen Grossen Rat Einsitz. Er präsidierte die parteieigene Gewerbekommission der SVP Kanton Bern und war Mitglied der Geschäftsprüfungskommission. Nach Manfred Meyer (SVP, Langenthal) und Urs Knecht (FDP, Nidau) war er der dritte Grossrat, der in der laufenden Legislaturperiode verstarb. Der Verstorbene war ein engagiertes und zuverlässiges Fraktionsmitglied, das sich für unternehmerische Belange stark machte. Die SVP-Kanton Bern wird ihrem Grossrat Hans Bichsel in Ehre gedenken.

### **Februarsession**

Ohne grosse Änderungen wurde das Grossratsgesetz in 2. Lesung auf NEF und die Verkleinerung des Grossen Rates umgestellt. Das Angebot für den öffentlichen Verkehr 2005 - 2008 wurde im Sinne der Kommission mit einigen Mehrkosten genehmigt. Niemand wollte sich mit den Landregionen anlegen. Ziemlich allein stand die Fraktion gegen einen Vorstoss, der den Gemeinden Blockzeiten in Kindergärten und Schulen vorschreiben will. Im Gesetz wird diese Vorschrift sicher angepasst.

Das zentrale Thema der Session war das Spitalversorgungsgesetz. Jürg Eberle als Kommissionspräsident und Dieter Widmer als unser Sprecher setzten sich vollumfänglich durch. Wenig motivierend ist die Tatsache, dass wir ständig gegen unsere Landregionen um Einsparungen ringen und dabei wissen, dass unumgängliche Nachkredite, z.B. für den Intensiv- und Notfalltrakt des Inselspitals von über 50 Mio. Franken, erwartet werden müssen.

Der GRB betreffend die registrierte Partnerschaft für gleichgeschlechtliche Paare nimmt nun Rücksicht auf die Gesetzgebung des Bundes bzw. eine entsprechende Volksabstimmung.

Die SVP konnte bei den Oberrichter-Ersatzmitgliedern gleich mit zwei Kandidatinnen gewinnen, Franziska Bratschi und Annemarie Hubschmid.

## Aprilsession

Neu begrüssen durften wir **Christian Brönnimann** aus Zimmerwald, der den Platz des verstorbenen Hans Bichsel einnahm. Die Freitagvormittag-Fraktionssitzung wurde zu einer Standortbestimmung der Legislaturhalbzeit genutzt. Greifbare Ergebnisse stehen noch aus. In der ersten Sessionswoche stach die Bewilligung eines *Zusatzkredites für das INO-Zentrum des Inselspitals* heraus. Immer wieder und seit Jahren haben Fraktionsmitglieder Geschehnisse um diesen Bau hinterfragt. Selten wurde uns die ganze Wahrheit gesagt. Der Grosse Rat wird nie erhalten, was er bestellt hat.

Darum beschäftigte uns später auch die Frage nach einer *Parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK)*. Die einstimmige SVP-Fraktion reichte nicht aus, eine Mehrheit dafür zu finden. Darum verzichtete sie auch darauf, der GPK eine Daueraufgabe als Sonderauftrag zu erteilen. Vielmehr setze ich auf die *Motion Eberle*, die dem Insel-Verwaltungsrat bei zukünftigen Bauvorhaben mehr Verantwortung übertragen will. Da die Erziehungsdirektion das Mass der Reformen verloren hatte, wurde nun mit einem ganzen Paket von Schübe-Motionen tief ins Operationelle eingegriffen. Unser Bethli Küng verlangte Sistierung, andere setzten neue Vorgaben für die *Schülerbeurteilung*. Ruedi Guggisberg setzte sogar durch, dass am Ende verschiedener Schuljahre Schlusstests flächendeckend durchgeführt werden sollen.

Für die Wahl zum 2. Vizepräsidenten des Grossen Rates schlug die Fraktion ihren Präsidenten Werner Lüthi vor. Heinz Siegenthaler, 1. Fraktionsvize rundete die Vorstellung mit einem Gedicht ab:

Ein Berner namens Lüthi Werner  
Liebt Politik – doch Schafe hat er gerner!  
„Die Schafzucht“, sagt der Werner, „isch mängisch o für d'Füchs,  
weil“, fährt er fort, „dört, i de Bärge, warte o scho d'Lüchs!“  
Drum schlag ich vor: Dr Werner,  
Geit uf e Wäg zum höchste Bärner.

Mit 162 von 168 gültigen Stimmen erreichte er ein ausgezeichnetes Resultat. Erneut wurde der Kredit für ein einheitliches *Klinikinformationssystem* (Bekis) mit einer Planungserklärung von Daniel Pauli zurückgewiesen. In Erinnerung wird allen die Diskussion um die *Reform der dezentralen Verwaltung* bleiben. Unter der Leitung Gerhard Fischers wurde das Thema sehr gründlich bearbeitet. Da für uns Nutzen und Ertrag nicht übereinstimmten, lehnten wir das Projekt ab.



Mit dem Modell der Regierung 5+ hätten wir leben können. Leider fehlten bei uns einige Mitglieder, so dass es einen Stichentscheid durch den Grossrats-Präsidenten gab, der der Lösung 4/8+ zum Durchbruch verhalf. Nun, wir werden noch vermehrt auf diese Reform zu sprechen kommen. Eines hat sich jedoch gezeigt: Es kommt auf jede Stimme an und eine Wahl in den Grossen Rat ist auch eine (Präsenz-)Verpflichtung!

## Junisession

Vor den Sommerferien wollen die Direktionen noch möglichst viele Gesetze, Berichte und Grossratsbeschlüsse „unter Dach“ bringen. Der Grosse Rat verlangte in der ersten Sessionstunde bessere Entschädigungen im Hinblick auf die Verkleinerung des GR ab Juni 2006. Im *1. Zwischenbericht zur Regierungsreform* wurde der Regierung neben 2 Modellen „*Optimierung*“ auch das Modell „Haus der Regierung“ zur Weiterbearbeitung in Auftrag gegeben. Das *Gesetz über das Sonderstatut des Berner Juras...* warf erstaunlich wenig Wellen. Christian Hadorn erntete vor allem von welscher Seite für sein Kommissionspräsidium Anerkennung. Viel Ausdauer wurde gefordert bei der Diskussion über das *Gesetz Pädagogische Hochschule und das Gesetz über die Ausbildungsbeiträge*. Zwei richtungweisende Motionen von Jürg Eberle konnten wir gemeinsam mit der FDP überweisen: Spital-Investitionsfinanzierung (Systemwechsel) und Bauvorhaben im Insefspital (mehr Verantwortung für den Verwaltungsrat). Das *Bevölkerungs - und Zivildschutzgesetz* und das *Gemeindegesetz* passierten problemlos. Beim *Personalgesetz* wurden die strittigen Punkte dank Einlenken unseres Sprechers Hans-Ulrich Salzmann in die Kommission zurückgenommen. Viel zu tun (reden) hatte Ruedi Guggisberg in der Diskussion um den *Gegenvorschlag der Steuersenkungsinitiative*. Nicht zuletzt dank Motion und Ausarbeitung von Kompromissvorschlägen von Dieter Widmer siegte die Idee des Gegenvorschlags. Der *Bericht Wachstumsstrategie* und die Erarbeitung von Planungserklärungen zeigte ein Problem auf, das mir zu denken gibt. Immer mehr zeigen sich in unserer Fraktion zwei Lager: Agglomerationen und ländlicher Raum. Wenn unsere Fraktion auch in Zukunft mit **einer** Stimme sprechen will, bleibt kein Platz für unnachgiebige Forderungen, Bedingungen und kleinräumiges Denken.

## Septembersession

Die Septembersession schien mir nicht der Jahreszeit entsprechend fruchtbar. Der Tag, an dem wir uns die Zeit nahmen für den interessanten Legislaturausflug in den Oberaargau und nach Aarau sowie der halbe Tag für die NEF-Ausbildung fehlten für die politischen Geschäfte spürbar. Lange Diskussionen über zahllose Änderungsanträge zu Gesetzen und Beschlüssen – die meist abgelehnt wurden - hatten zur Folge, dass die ordentlichen Vorstösse auf die nächste Session verschoben werden mussten.

Hansueli Salzmann kämpfte kompetent für die Kommissionsvorschläge und die graue Fassung beim *Lehrerstellungs- und beim Personalgesetz*. Zu beiden ist möglicherweise ein Referendum zu erwarten. Erstaunlich unauffällig passierte das *Jurasonderstatut* die 2. Lesung. Beim *Gesetz über die Kantonspolizei* und bei dem *Polizeigesetz* wunderte ich mich einmal mehr, dass kaum über Kosten geredet wurde. Für die Fraktion war der *Gegenvorschlag zur Steuersenkungsinitiative des HIV* ein zentrales Anliegen. Das Duo Guggisberg/Widmer verhandelte oft mit der FDP bis kurz vor der Diskussion im Plenum, um in 2. Lesung eine Mehrheit für ihren Gegenvorschlag zu finden. Nachdem sich in der Fraktion kaum Gegner meldeten, kam die Ablehnung des Vorschlags SVP/FDP mit 81:87 Stimmen überraschend. War es folgerichtig, dass dann der Gegenvorschlag der Kommission auch abgelehnt wurde? Die Antwort werden wir nach der Volksabstimmung kennen. Die SVP wird weiter für eine Schuldensenkung als Voraussetzung für eine Steuersenkung kämpfen.

## Novembersession

Das Oberthema dieser Session war sicher das Debakel um die *Bernische Lehrerversicherungskasse*. So wurde in der ersten Sessionsstunde eine PUK beschlossen. Am Montag der 2. Woche stimmten wir dem entsprechenden *Grossratsbeschluss* mit 177:2 Stimmen zu. In der 1. Lesung wurde das Gesetz über die BLVK ohne grosse Änderungen beschlossen. Als Betroffener dankte ich vor der Schlussabstimmung für die respektvolle Haltung gegenüber den Arbeitnehmern. Auf allen Seiten wurden Schatten übersprungen. Leider wurden trotzdem Referendumsdrohungen ausgesprochen und es kam – auch im Zusammenhang mit dem Lehrerstellungsgesetz – zu einer Lehrerdemo. Richtigerweise wurden im LAG viele Kompetenzen betreffend Lohnerhöhungen dem Regierungsrat zugewiesen. Er kann sich nun marktgerecht verhalten.

Gerhard Fischer für die BLVK und Hansueli Salzmann für das LAG haben kompetent unsere Anliegen vertreten. Andres Peter begründete unseren Rückweisungsantrag zum *Energiebericht*. Dieser wurde zurückgewiesen. Im *Strassenbauprogramm* verschoben wir unter Leitung von Hans Grunder noch einige Gewichte zu Gunsten der Wirtschaftsstandorte.

Bei der Behandlung einer Flut von Vorstössen, z.T. noch aus der Septembersession, kamen viele Fraktionsmitglieder zum Zug. Die Vorstösse wurden meistens in unserem Sinne abgefertigt. Ein erneuter Kredit aus dem Lotteriefonds für die *Ausstattung des Paul Klee Zentrums* gab viel zu reden. „Auf halber Strecke kann man nicht stehen bleiben...“ In diesem Sinne wurde dem Kredit mit wenig Begeisterung zugestimmt. In der 2. Lesung des *Steuergesetzes* gelang es der bürgerlichen Mehrheit, die Erbschafts- und Schenkungssteuer und die *Besteuerung des Vorsorgekapitals* zu beerdigen. Ruedi Guggisberg kämpfte beim *Budget und beim Aufgaben- und Finanzplan* auf verlorenem Posten für die SVP-Anträge. Die FDP half im Blick auf die Abstimmung über „ihre“ Steuersenkungsinitiative nicht mit, deutlich klare Aufträge für den Schuldenabbau zu geben. Die unbestrittene Wahl der Präsidentin der Finanzkommission, Therese Bernhard, zur Präsidentin der Nachfolgeorganisation Steuerungskommission war das Tüpfelchen auf dem i der Wahlen. Dank kluger Planung konnten wir alle unsere Vorgeschlagenen in die Oberaufsichts-, Steuerungs- und parlamentarische Untersuchungskommissionen bringen.

### **Sondersession 13./14. Dezember**

Die Sondersession gehörte zur Novembersession. Damit die Sanierung der BLVK möglichst schnell angepackt werden kann, war es nötig, die 2. Lesung des *Gesetzes über die Lehrerversicherungskasse und das Konzept der Sanierung der BLVK* in dieser seltenen Art zu behandeln. Gerhard Fischer hat die Fraktion durch dieses Geschäft geführt und ihre Beschlüsse im Plenum vertreten. Alle Parteien waren sich der Verantwortung bewusst. In beeindruckender Weise sind die Regierungsparteien aufeinander zugegangen. Einzig das GBJA versuchte erfolglos, einseitige Interessen einzubringen.

Am Schluss passierte das für die Lehrkräfte folgenschwere Rahmengesetz mit 156:20 Stimmen bei 10 Enthaltungen. Auch dem Sanierungskonzept der Regierung wurde zugestimmt. Die Geschäfte der 2. Priorität füllten die Restzeit und konnten behandelt werden, so dass keine Vorstösse ins 2005 vertagt werden mussten.

## Dank

Ich danke unseren Regierungsmitgliedern für ihre Arbeit, für ihre Präsenz an unseren Fraktionssitzungen, für ihre zurückhaltende Begleitung und ihre kompetenten Erklärungen komplizierter Sachverhalte. Renato Krähenbühl gilt grosse Anerkennung für seinen neutralen Rat, wenn es um Abläufe im Grossratsgeschehen ging. Allen MitarbeiterInnen im Ratssekretariat und der Staatskanzlei winde ich ein Kränzchen für ihre Unterstützung.

Grosser Dank geht an unser SVP-Sekretariat. Ich erlaube mir hier, unserer abtretenden „Betreuerin“, Ursula Stucki ein herzhaftes „vergäht's Gott“ und beste Wünsche für ihren Ruhestand mitzugeben. Ein kräftiges Dankeschön gilt auch Christoph Neuhaus und Matthias Eggimann. Matthias wird zukünftig für die Fraktionsgeschäfte aus der Sicht des Sekretariats zuständig sein. Dank auch für die Besuche unseres Kantonalpräsidenten, Hermann Weyeneth, dem anregenden Unruhestifter. Der herzlichste Dank geht an die Fraktionsmitglieder: Ich danke für die Unterstützung, alle konstruktiven Vorstösse und Fragen und die Arbeit hinter den Kulissen.

Mit Freude stelle ich fest, dass die Fraktion grossmehrheitlich den liberalen Berner-SVP-Weg geht. Jedes NEIN muss von einem zielführenden Vorschlag begleitet werden. Sonst läuft unsere Arbeit ins Abseits. Die stärkste Fraktion muss auch den Mut haben, die Argumente Andersdenkender anzuhören und zu gewichten. Ich hoffe, in diesem Sinne die Fraktion bis zu meinem Rücktritt Ende Mai 2005 führen zu können.

Werner Lüthi,  
Fraktionspräsident

# **Das parteipolitische Jahr 2004**

## **Veranstaltungen**

### **Seniorentag**

Der traditionelle Seniorentag fand am Dienstag, 14. September, im Gemeindezentrum „Lötschberg“, in Spiez statt. Nachdem Hermann Weyeneth die Seniorinnen und Senioren begrüsst hatte, erklärte die Vizepräsidentin, Judith Renner-Bach, das neue Tourismusentwicklungsgesetz. Dann stand sie den Seniorinnen und Senioren Red und Antwort.

## **Vernehmlassungen**

Im Verlaufe des Jahres 2004 hatte die Geschäftsleitung zu folgenden Gesetzes- und Dekretsentwürfen im Rahmen der Vernehmlassung Stellung zu nehmen (die detaillierten Vernehmlassungsantworten können auf dem Partisekretariat bezogen werden):

### **Änderung Polizeigesetz und Gesetz über die Kantonspolizei (13.01.)**

Die SVP des Kantons Bern begrüßte die vorgeschlagenen Änderungen. Bei der Einführung der neuen Bestimmungen wurde ein Schwergewicht auf die flankierenden Massnahmen gelegt.

### **Änderung des Gesetzes über die Aktiengesellschaft Berner Kantonalbank (16.03.)**

Die SVP des Kantons Bern war mit der schrittweisen und vollständigen Reduktion der Staatsgarantie einverstanden. Die Strategie entsprach dem Kanton.

### **Gesetz zur Förderung von Gemeindezusammenschlüssen (16.03.)**

Die SVP des Kantons Bern bezweifelte nicht, dass die Komplexität der Aufgabenstellungen und die entsprechenden Anforderungen an die Gemeinden zugenommen hat. Verstärkt als früher sinkt die Bereitschaft zur Übernahme von politischen Ämtern. Naheliegenderweise können Fusionen ein Mittel sein, um die Effizienz der Gemeinden zu verbessern. Aus diesen Gründen unterstützt die SVP die Förderung von Fusionen unter Gemeinden. Direkte finanzielle Beiträge lehnten wir aber in Anbetracht der Finanzlage des Kantons ab.

### **Gesetz über das Strafverfahren (13.04.)**

Grundsätzlich war die SVP des Kantons Bern mit der Änderung einverstanden. Im Rahmen der Kommission bzw. der Ratsdebatte wird sich die SVP zur Bussenhöhe noch äussern.

### **Änderung des Steuergesetzes (13.04.)**

Die SVP des Kantons Bern begrüßte eine Anpassung des bernischen Steuerrechts, damit für die Bundessteuer und die bernischen Steuern möglichst bald die gleichen Regeln zur Anwendung gelangen. Die Änderung betrachteten wir als wirtschaftsfreundlich.

### **Sozialhilfeverordnung (13.04.)**

Die SVP des Kantons Bern hielt fest, dass mit der Änderung der Sozialhilfeverordnung die Motion Pauli (SVP) in der Hauptstossrichtung umgesetzt wurde. Im Kanton Bern werden die Sozialhilfeleistungen nicht generell gekürzt, sondern nur bei fehlendem Mitmachen der Klienten.

### **Gesetz über die berufliche Vorsorge der Lehrkräfte (11.05.)**

Die SVP des Kantons Bern beantragte, dass auf jeden Fall die Parallelität zur Bernischen Pensionskasse (BPK) im Auge behalten wird. Auffällig war das unterschiedliche Rechtskonzept, das unseres Erachtens unbegründet ist. Auch die Aufgabe der Solidaritätsbeiträge der jüngeren Versicherten hat nichts mit der Lehrerschaft der BLVK zu tun. Dagegen waren die höheren Beiträge wegen der Langlebigkeit und der erhöhten Invalidierungsrate gerechtfertigt. Problematisch erschien uns, wenn BLVK Leistungen ausgerichtet werden, die nicht finanzierbar sind. Wir beantragten, dass nur Leistungen ausgerichtet werden dürfen, die auch finanziert sind.

### **Totalrevision Notariatsgesetz (Zirkulationsverfahren im Juni)**

Die SVP des Kantons Bern stimmte der Aussage zu, wonach sich das freiberufliche Notariat im Kanton Bern bewährt hat. Ein Systemwechsel kam für uns nicht in Frage, zumal kein Kanton seit Bestehen des Schweizerischen Zivilgesetzbuches das freie Berufsnotariat zu Gunsten des Amtsnotariats eingeschränkt oder aufgehoben hätte.

### **Änderung Wasserversorgungsgesetz (Zirkulationsverfahren im Juni)**

Die SVP des Kantons Bern hat im Jahr 2002 bei dem neu revidierten Wasserversorgungsgesetz dafür gekämpft, dass als Bemessungsgrundlage der Wiederbeschaffungswert massgebend ist. Diese Haltung basierte auf der Tatsache, dass insbesondere im ländlichen Raum die Infrastrukturkosten pro angeschlossenen Einwohner zum Teil massiv höher sind.

### **Bericht Alterspolitik im Kanton Bern (Zirkulationsverfahren im Juni)**

Die SVP des Kantons Bern ist grundsätzlich mit dem Bericht einverstanden. Es fehlte aber eine klare Abwägung der einzelnen Massnahmen im Rahmen einer Kosten-Nutzen-Analyse. Diese wäre aber erforderlich, um Prioritäten setzen zu können. Das bedeute nicht, dass die Finanzen das Angebot diktieren sollen. Es muss aber ein klares Bekenntnis zu Lösungen mit einem optimalen Kosten-Nutzen-Verhältnis geben. Massnahmen, die finanziell tragbar sind und in besonderem Mass mithelfen, Kosten zu sparen, sollten besonders gefördert und prioritär behandelt werden.

## **Änderung der Kantonalen Gewässerschutzverordnung (KGV) und der Wasserversorgungsverordnung (WVV) (GL 06.07.)**

Die SVP des Kantons Bern hielt es für wichtig, die Netze zur Abwasserentsorgung und zur Wasserversorgung auf einem hohen technischen Stand zu halten. Es ist zweckmässig, den für die Amortisation bestimmten Gebührenanteil in eine Spezialfinanzierung zurückzulegen. Damit wird einerseits sichergestellt, dass die Gebührenerträge nicht zweckentfremdet werden und andererseits die Abwasserentsorgung und Wasserversorgung nachhaltig finanziert werden kann. Eine Überfinanzierung dieser öffentlichen Aufgaben ist zu vermeiden.

## **Jugendrechtspflegegesetz (GL 10.08.)**

Die SVP des Kantons Bern hielt es für richtig, dass die Änderungen, die sich aus dem neuen Bundesgesetz über das Jugendstrafrecht ergeben, in die Gesetzesänderung eingebaut werden. Gemäss Vortrag wird die Gesetzesänderung Mehrkosten in Millionenhöhe bewirken. Die SVP-Kanton Bern verlangte, dass die enthaltene Schätzung von „mehreren Millionen“ präzisiert werde. Wir erwarten Kompensation und mit der definitiven Gesetzesvorlage konkrete Zahlen. Ferner wird verlangt, dass Möglichkeiten aufgezeigt werden, wie die Zusatzkosten möglichst tief gehalten werden können.

## **Gesetz über die Berufsbildung, die Weiterbildung und die Berufsberatung (GL 10.08)**

Die SVP des Kantons Bern hielt es für richtig, dass die Berufsbildung, die berufsorientierte und die allgemeine Weiterbildung sowie die Berufsberatung in einem einzigen Gesetz geregelt werden. Somit sollen Doppelspurigkeiten und Ungleichbehandlungen vermieden werden. Wir erachteten die Aufhebung eines flächendeckenden Angebotes in der Erwachsenenbildung und der Verzicht auf Förderung von Institutionen mittels Strukturbeiträgen angesichts der finanziellen Situation als Notwendigkeit.

## **Verordnung über die Angebote zur sozialen Integration (GL 10.08.)**

Die SVP des Kantons Bern unterstützte die Kernpunkte des Verordnungsentwurfes: Bereitstellung des Leistungsangebotes durch die Gemeinden; Ermächtigung zur Zulassung zum Lastenausgleich im Rahmen der verfügbaren Mittel; Ein einheitliches Tarifsysteem und klar definierte Kostenobergrenzen; Die Möglichkeit einer wirksamen, auch regionalen Steuerung der Angebote; Ein NEF-taugliches Anreizsysteme sowie die Vorgabe von gleichen Standards für öffentliche und private Anbieter.



### **Revision der Gesetzgebung über die politischen Rechte (GL 10.08.)**

Die SVP des Kantons Bern war grundsätzlich mit allen Reformpunkten einverstanden. Insbesondere die zeitliche Eingrenzung des Wahlmaterialversandes entspricht einem grossen Bedürfnis. Die Erfahrungen insbesondere bei den Nationalratswahlen 2003 haben dokumentiert, dass das Wahlmaterial im Kanton Bern zeitlich nach wie vor sehr unterschiedlich verteilt wird.

### **Vereinfachung des Einbürgerungsverfahrens; Entwürfe zur Änderung der Kantonsverfassung und des Gesetzes über das Kantons- und Gemeindebürgerrecht(14.09.)**

Die SVP des Kantons Bern erachtete es zwar grundsätzlich als sinnvoll, nicht mehr den Grossen Rat mit den Einbürgerungsentscheiden zu belasten und damit das Verfahren zu vereinfachen. Die vorgelegten Vorschläge schiessen jedoch weit über das Ziel hinaus und könnten in dieser Form grösstenteils nicht akzeptiert werden. Insbesondere wehrte sich die SVP des Kantons Bern dagegen, dass die Zuständigkeit für Einbürgerungsentscheid auf Gemeindeebene zwingend dem Gemeinderat übertragen werden und ein solcher Entscheid anfechtbar werden soll.

### **Tourismusentwicklungsgesetz (14.09.)**

Die SVP des Kantons Bern vermisste in der Vorlage verschiedene Elemente wie flankierende Massnahmen beim Strukturwandel, insbesondere beim Marktrückzug von Tourismusanbietern und bei Nachfolgeregelungen. Die SVP-Kanton Bern ist der Meinung, dass in diesem Fall eine möglichst schlanke Tourismuspolitik im Kanton Bern betrieben werden sollte und dies von den Behörden auch entsprechend gelebt wird.

### **Fakultatives kommunales Ausländerstimmrecht (12.10.)**

Die SVP des Kantons Bern lehnte das Stimm- und Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer auf kommunaler Ebene grundsätzlich ab. Nicht zuletzt aufgrund des Abstimmungsergebnisses vom 26. September 2004, da sich für die erleichterten Einbürgerungen und rascher Erteilung des Ausländerstimmrechtes kein unmittelbarer Handlungsbedarf aufdrängte. Die SVP-Kanton Bern ist der Meinung, dass eine echte Integration durch faire Einbürgerungsverfahren erfolgt.

# III. Tätigkeitsberichte

## Parteiorgane

### Geschäftsleitung

Der Geschäftsleitung obliegt gemäss Statuten die Führung der laufenden Geschäfte.

- ◆ Der Vollzug der Beschlüsse der Delegiertenversammlung, der Präsidentenkonferenz und des Parteivorstandes.
- ◆ Die Vorberatung der Traktanden der Delegiertenversammlung.
- ◆ Die Wahl des Geschäftsführers, des Finanzchefs und der Kommissionspräsidenten.
- ◆ Die Ernennung und Einsetzung der Wahlleitung. Die Vertretung der Kantonalpartei nach aussen. Die Stellungnahme zu Vernehmlassungen.
- ◆ Die Aufsicht über das Parteisekretariat. Die Überwachung und Sicherstellung der Parteifinzen. Die Pflege der Beziehungen zu den Behörden, zu Wirtschafts- und Personalverbänden und zur schweizerischen Partei.
- ◆ Die Überwachung der Personalplanung auf den Ebenen des Kantons, der Landesteile und der Amtsbezirke.
- ◆ Die Einsetzung und Wahl von Arbeitsgruppen.
- ◆ Die Beschlussfassung über die Durchführung von Fachtagungen, Aufsicht über die Kaderschule und Ernennung der Redaktionskommission für das Berner Journal.
- ◆ Der Entscheid über Anträge des Schlichtungsrates. Die Aufnahme von neuen Sektionen.

Die Geschäftsleitung schafft nach Bedarf Ressorts. Die Geschäftsleitung tritt regelmässig zusammen. Die Tätigkeiten der Geschäftsleitung inkl. Geschäftsführer basieren auf einem von ihr erlassenen Reglement. Der Präsident hat Stichentscheid.

Folgende Geschäfte wurden von der Geschäftsleitung 2004 behandelt (exkl. Geschäfte, die anschliessend dem Parteivorstand unterbreitet wurden und Vernehmlassungen):

### **13. Januar**

- Orientierung/Aktuelles
  - Wahlkreisreform
  - Bezirksreform
  - SVP-Senioren
  - SVP-Frauen
  - Albisgüetli
- Ersatz für Werner Luginbühl im ZV

### **03. Februar**

- Orientierung/Aktuelles
  - Fusion AV Interlaken-Oberhasli
  - Reform der dezentralen Verwaltung
  - Information aus der Fraktion / Nachfolge Hans Bichsel
- Legislatur-Halbzeitbilanz
- Berner Journal
- Ressortverteilung/Nachfolgeplanung

### **16. März**

- Orientierung/Aktuelles
  - Stadt Bern
  - Mitgliederentwicklung
  - Wilde Plakatierung
  - Sommerferien Juli / Schliessung Sekretariat
- Ressortverteilung
- Neues Adressverwaltungsprogramm
- Prämiensenkungsinitiative

### **13. April**

- Orientierung/Aktuelles
  - Auflösung des Berner Komitees für eine moderne Armee
  - SVP Krauchthal
  - Mitgliedschaft MachBär
  - Prämiensenkungsinitiative
  - Ersatz Peter Ludwig in Kommission Richterwahlen: Prof. Hansjörg Seiler
- Detaillierung der Ressortverteilung
- Orientierung Wahlkreisreform
- Präsidentenkonferenz

### **11. Mai**

- Orientierung/Aktuelles
- Detaillierung der Ressortverteilung
- Genehmigung Statutenänderungen
- Aufnahme Rita Gygax in Parteivorstand

### **15. Juni**

Die Sitzung wurde mangels wichtigen Traktanden abgesagt.

### **06. Juli**

- Orientierung/Aktuelles
  - Präsidium Arbeitnehmerkommission
  - Grossratswahlen 2006
  - Senientag
  - Praktikumsanfrage Manfred Bühler
- Initiativprojekt Wohnkanton Bern
- Unterschriftensammlung Einbürgerungsinitiative
- Berner Journal: Auswertung der Umfrage und wie weiter?
- Genehmigung Statutenänderungen
- Mitgliederwerbung

### **10. August**

- Orientierung/Aktuelles
  - Grossratswahlen 2006/Akzente
- Berner Journal: Auswertung der Umfrage und wie weiter?
- Mitgliederwerbung

## **14. September**

- Orientierung/Aktuelles
- Grossratswahlen 2006/Akzente
- Suche eines Finanzchefs

## **12. Oktober**

- Orientierung/Aktuelles
- Ausstände der Amtsverbände
- Vorstellung Interessenten Finanzchef/Wie weiter?
- Anträge SVP Trub/Trubschachen

## **14. Dezember**

- Vernehmlassung
  - Strategie für Agglomerationen und regionale Zusammenarbeit
- Orientierung/Aktuelles
  - HIV Rating Wirtschaftsfreundlichkeit Grossräte
  - Gratulation Wankdorf
  - Aktienzeichnung Schweizerzeit
  - Antrag SVP-Frauen Kanton Bern
  - Steuersenkungsinitiative: Stand der Arbeiten/Strategie
- Ausstände der Amtsverbände
  - Amtsverband Nidau 11.11.2004, Resultat Besprechung
  - Aktueller Stand per Dezember 2004
- Geschenk an unseren Bundespräsidenten
- Unterschriftensammlung: Brief AV Büren
- Teilnahme BEA 2005 / Konzept
- Statutengenehmigung: LT Seeland und Sektion Schüpfen

## Parteivorstand

Gemäss Statuten fallen dem Parteivorstand u.a. folgende Aufgaben zu:

- ◆ Vorberaterung der Programminhalte und der Programmplanung
- ◆ Erörterung und Bestimmung der politischen Richtlinien und Stellungnahmen zu Grundsatzfragen
- ◆ Empfehlungen zu Abstimmungsvorlagen zu Händen der Delegiertenversammlung zwecks Beschlussfassung
- ◆ Abschliessende Parolenfassung zu unbestrittenen Abstimmungsvorlagen
- ◆ Einsetzung und Wahl von Arbeitsgruppen
- ◆ Ergreifen von Referenden
- ◆ Vorschlag und Ausarbeitung des Aktionsprogrammes oder des Leitbildes der Partei zu Händen der Präsidentenkonferenz
- ◆ Wahl der Abgeordneten und Wahlvorschläge zu Händen der SVP-Schweiz

Folgende Geschäfte wurden vom Parteivorstand im Jahr 2004 behandelt (exkl. Geschäfte die anschliessend der Delegiertenversammlung unterbreitet wurden):

### 13. Januar

- Orientierung/Aktuelles
- Reform der dezentralen Verwaltung - Strategie
- Ausschluss aus der SVP des Kantons Bern

### 30. März

- Orientierung/Aktuelles
- Reform der dezentralen Verwaltung: Aktueller Stand und wie weiter?

### 24. August

- Orientierung/Aktuelles
- Erweiterung des Parteivorstandes
- Hilfsfonds des Kantons Bern; Genehmigung Rechnung 03
- Wahlanalyse Nationalratswahlen 2003

### 21. September

- Orientierung/Aktuelles
- Wahlanalyse Nationalratswahlen 2003
- Grossratswahlen 2006 - Wahlkonzept

### 19. Oktober

- Orientierung/Aktuelles

## **Delegiertenversammlungen**

### **326. DV Restaurant „Kreuz“ (Dorfzentrum), Belp, 13.01.2004**

Eidgenössische Abstimmungsvorlagen

- Gegenentwurf der Bundesversammlung zur zurückgezogenen Volksinitiative „Avanti - für sichere und leistungsfähige Autobahnen“
- Änderung des Obligationenrechts
- Volksinitiative „Lebenslange Verwahrung für nicht therapierbare, extrem gefährliche Sexual- und Gewaltstraftäter“

### **327. DV Saalbau, Gemeindezentrum „Lötschberg“, Spiez, 30.03.2004**

Kantonale Vorlage

- Bern Mobil; Tram Bern-West; Investitionsbeitrag

Eidgenössische Vorlagen

- Änderung von Erlassungen im Bereich der Ehe- und Familienbesteuerung, der Wohneigentumsbesteuerung und der Stempelabgaben
- Änderung des Bundesgesetzes vom 3. Oktober 2003 über die Alters- und Hinterlassenversicherung (11. AHV-Revision)
- Bundesbeschluss über die Finanzierung der AHV/IV durch Anhebung der Mehrwertsteuersätze
- Jahresbericht 2003

### **328. DV Mehrzweckanlage Pöschen, Schwarzenburg, 24.08.2004**

Eidgenössische Vorlagen

- Änderung des Erwerbersatzgesetzes (für Dienstleistende und bei Mutterschaft)
- Bundesbeschluss über die ordentliche Einbürgerung sowie über die erleichterte Einbürgerung junger Ausländerinnen und Ausländer der zweiten Generation
- Bundesbeschluss über den Bürgerrechtserwerb von Ausländerinnen und Ausländern der dritten Generation
- Postdienste für alle
- Jahresrechnung 2003

### **329. DV Saalbau Kirchberg, 19.10.2004**

Kantonale Vorlage

- Personalgesetz (Änderung)

Eidgenössische Vorlagen

- Bundesbeschluss zur Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA)
- Bundesbeschluss über eine neue Finanzordnung
- Bundesgesetz über die Forschung an embryonalen Stammzellen (StFG)
- Frauenstrategie 2004 - 2008

# Kommissionen

## Bildungs-, Kultur- und Sportfragen

Präsidentin: Therese Rufer, Grossrätin, Zuzwil

Zentrales Thema im Berichtsjahr 2004 bildete die Diskussion um die strategischen Ziele der Bildungspolitik. In einem Hearing legten der Generalsekretär der Erziehungsdirektion, Robert Furrer und der Vorsteher der Abteilung Bildungsplanung und Evaluation, Beda Furrer, die langfristigen Ziele der Bildungspolitik im Kanton Bern dar. Im Anschluss an die Ausführungen der beiden Fachleute wurde intensiv diskutiert und den Referenten Fragen gestellt. Recht viel Zeit nahm im Nachgang das Ausfüllen des Fragebogens in Anspruch. Dies geschah an mehreren Sitzungen in Arbeitsgruppen. Der Bericht beinhaltet eine Konzeption von Perspektiven für die nächsten 10-15 Jahre, welche die politischen, pädagogischen, zeitlichen und finanziellen Realisierungsmöglichkeiten berücksichtigt. Reformvorhaben sollen künftig zeitlich koordiniert und gestaffelt eingeführt werden, damit eine nachhaltige und effiziente Umsetzung gesichert ist.

Bei dieser Strategie handelt es sich also nicht um bereits beschlossene Projekte, sondern sie soll zu einer breit angelegten Diskussion und schliesslich zu einer abgestützten Entscheidungsfindung führen. Die Konzeption wird laufend überprüft und in einem Rhythmus von vier Jahren den aktuellen Verhältnissen angepasst. In unserer Rückmeldung haben wir ausgeführt, dass wir die Strategie als Vordenkarbeit positiv zur Kenntnis nehmen. Wir haben jedoch ebenfalls festgehalten, dass der Interpretationsspielraum einzelner Fragen sehr gross ist und somit keine abschliessende Beurteilung vorgenommen werden kann. Besonders aktive Lehrerinnen und Lehrer unserer Kommission äusserten sich besorgt über die Menge der Projekte und forderten eine Schwerpunktbildung bei den Reformen. Auch wurde befürchtet, dass die Bereitschaft der Lehrpersonen für die Umsetzung neuer Vorhaben nur noch teilweise vorhanden ist. In der Vergangenheit wurden zu oft praxisuntaugliche und administrativ zu aufwändige Projekte lanciert.

Selbstverständlich wurde auch die Finanzierungsfrage erörtert. Eine frühzeitige, möglichst genaue Kostenschätzung parallel zur Entwicklung ist Voraussetzung für die Zustimmung des Grossen Rates. Wichtig ist die rollende Evaluation und Anpassung der Bildungsstrategie, damit auf Fehlentwicklungen zeitgerecht reagiert werden kann. Die Bildungsstrategie wird uns also auch in den kommenden Jahren beschäftigen.



Im Zusammenhang mit Sessionsgeschäften führten wir eine intensive Diskussion über die Schülerbeurteilung. Hier zeigte sich, dass innerhalb der SVP-Bildungskommission keine einheitliche Meinung vorhanden ist. Während die einen eher eine Abkehr vom ganzen Systems begrüßen, sehen andere durchaus positive Aspekte der Beurteilung, fordern jedoch weitere Verbesserungen und Anpassungen. Vor allem sollten die Unterlagen praxistauglicher formuliert werden, besser lesbar für Eltern und LehrmeisterInnen sein und der administrative Aufwand verkleinert werden. In der Debatte im Grossen Rat wurde das System nicht sistiert, sondern verschiedene Motionen mit entsprechenden Verbesserungsvorschlägen überwiesen. Es bleibt nur zu hoffen, dass aus den gemachten Fehlern der Erziehungsdirektion die entsprechenden Lehren gezogen wurden!

Im Weiteren verfassten wir verschiedene Stellungnahmen und erarbeiteten Vernehmlassungsantworten zu Händen der Geschäftsleitung. Die wichtigste war wohl die Stellungnahme zum Gesetz über die Berufsbildung, die Weiterbildung und die Berufsberatung (BerG). Hier unterstützen wir die Vereinigung der Berufsbildung, der berufsorientierten und der allgemeinen Weiterbildung sowie der Berufsberatung in einem einzigen Gesetz. Somit werden Doppelspurigkeiten und Ungleichbehandlungen in Zukunft vermieden. An dieser Stelle danke ich sämtlichen Kommissionsmitgliedern, die engagiert, aktiv und ehrenamtlich an den vielfältigen Aufgaben mitwirken.

Therese Rufer

## **Finanzen und Steuern**

Präsident: Hans Ulrich Salzmann, Grossrat, Oberburg

Im Berichtsjahr 2004 wurde die SVP-Finanzkommission zu vier Sitzungen eingeladen. Leider haben wir oftmals viele entschuldigte Absenzen, was die Beschlüsse weniger repräsentativ machte. Trotzdem wurden die anstehenden Geschäfte gründlich und seriös diskutiert und entsprechende Beschlüsse gefasst.

### **Steuerinitiative / Gegenvorschlag**

An drei Kommissionssitzungen vom 3. und 18. Februar sowie vom 25. Mai 2004 befassten wir uns mit der Steuerinitiative respektive mit einem Gegenvorschlag. Die SVP-Finanzkommission entschied sich grossmehrheitlich gegen die Steuerinitiative, setzte sich aber ganz klar für einen Gegenvorschlag ein. Anstelle von Ausfällen über 400 Mio. wie es die Steuerinitiative vorsah, wollte die Kommission einen Gegenvorschlag der wesentlich geringere Ertragsausfälle für den Kanton hätte. Über die Grössenordnung des Gegenvorschlags wurde eine rege Diskussion geführt.

Beschluss der Kommission:

Ein differenzierter Gegenvorschlag, der die Höhe von ca. Fr. 140 Mio. Ausfall nicht überschreitet.

Trotzdem kam es anders. Ein entsprechender Gegenvorschlag, der unseren Vorstellungen entsprach, wurde in der September Session im Grossrat lange diskutiert, dafür und dagegen votiert. In der Schlussabstimmung wurde der Gegenvorschlag knapp abgelehnt. Das Endresultat ist, dass das Berner-Stimmvolk am 27. Februar 2005 über die Steuerinitiative abstimmt. Die Steuerausfälle von bis zu 400 Mio. kann sich der Kanton zur Zeit nicht leisten, hoffen wir deshalb auf eine Ablehnung der Initiative.

### **Budget 2005 Finanzplan 2006 – 2008**

Die verfassungsmässige Vorgabe der Defizitbremse wird eingehalten. Der Voranschlag sieht ein Ertragsüberschuss von 40 Mio. Franken vor, Nettoinvestitionen von 530.8 Mio. Franken und eine Neuverschuldung von 80.6 Mio. Franken.

Das Budget 2005 wurde erstmals nach Produktgruppen (NEF) erstellt. Die kurzfristig von der Kantonalpartei eingesetzte Arbeitsgruppe „Finanzen“ hatte keine konkreten Vorschläge ausgearbeitet. Nachdem ein Gegenvorschlag nicht zustande kam, konzentrierten wir uns voll auf den Schuldenabbau wie Kürzungen im Budgetvollzug.

Mit zwei Planungserklärungen und zwei Motionen hat die SVP versucht auf das Budget bzw. Finanzplan Einfluss zu nehmen. Die zwei Planungserklärungen zum Vollzug des Budget wurden im Grossen Rat abgelehnt. Die Motionen für Schuldenabbau wurden gutgeheissen.

### **Vernehmlassungen / Änderungen von Gesetzen**

Zu diversen Gesetzesänderungen erarbeiteten wir z. H. der Parteileitung die Vernehmlassungen. Dazu möchte ich alle Kommissionsmitglieder auffordern in Zukunft vermehrt mitzumachen, damit die Arbeit etwas aufgeteilt werden kann. Abschliessend möchte ich allen meinen herzlichen Dank aussprechen, die aktiv an der Kommissionsarbeit mitwirkten. Ich hoffe, dass ich auch im kommenden Jahr auf ihre Mitarbeit zählen darf.

Hans Ulrich Salzmann

### **Soziales und Gesundheit**

Präsident: Dr. Jürg Eberle, Grossrat, Grossaffoltern

Die Beratung des Spitalversorgungsgesetzes und die Erarbeitung von Vernehmlassungsantworten zur Verordnung über die Angebote zur sozialen Integration (VASI), zur Sozialhilfeverordnung (SHV) und zum Bericht des Regierungsrates zur Alterspolitik im Kanton Bern dominierten die Arbeit der Kommission „Soziales und Gesundheit“. Mehrere Grossräte, die Mitglied der Kommission „Soziales und Gesundheit“ sind, waren in der vorberatenden Kommission zum Spitalversorgungsgesetz und in der parlamentarischen Diskussion engagiert. Zudem kam dem Präsidenten die Ehre zuteil, dieser vorberatenden Kommission vorzusitzen. Die bürgerliche Mehrheit war bestrebt, ein Gesetz zu erarbeiten, das den zukünftigen Spitalträgerschaften erlauben wird, im Rahmen des Möglichen die Spitäler auch nach wirtschaftlichen Grundsätzen zu führen. Die strittigsten Punkte waren die personalrechtlichen Fragen (Gesamtarbeitsverträge) und die Mehrheitsbeteiligung des Kantons an den Aktiengesellschaften der zukünftigen regionalen Spitalzentren. Nach Abschluss der zweiten Lesung war die Mehrheit der Kommission der Ansicht, ein gutes, tragbares Gesetz erarbeitet zu haben. Regierung und Parlament sind sich darin einig, dass das neue Spitalversorgungsgesetz möglichst rasch in Kraft treten muss. Leider haben nun die Personalverbände das Referendum mit einem Volksvorschlag ergriffen. Das Gesetz wird im Juni 2005 den Stimmberechtigten zur Abstimmung unterbreitet. Die vorberatende Kommission und die Regierung empfiehlt den Stimmberechtigten, das Gesetz anzunehmen und den Volksvorschlag abzulehnen.

Der Regierungsrat erliess, gestützt auf das neue Sozialhilfegesetz, eine neue Verordnung über die Angebote zur sozialen Integration. Wesentliche Punkte der neuen Verordnung im Bereich des Leistungsangebotes der Gemeinden wurden im Sinne einer Motion Pauli (SVP), Köniz, formuliert. In der Vernehmlassungsantwort konnte entsprechend nachgedoppelt werden. Auch die Änderung der Sozialhilfeverordnung wurde durch einen als Motion überwiesenen Vorstoss von Grossrat Pauli massgebend beeinflusst. Die Motion trug den Titel „Motivation statt Sanktion in der Sozialhilfe“. Die Sozialhilfebeträge sollen erhöht werden, wenn die Klientin oder der Klient im Rahmen seiner Möglichkeiten aktiv zur Verbesserung seiner Situation mitarbeitet und die Anweisungen des Sozialdienstes befolgt. In der Vernehmlassung konnte die Kommission mit Genugtuung feststellen, dass die Anliegen von Grossrat Pauli in den Hauptstossrichtungen umgesetzt sind.

Der umfangreiche Bericht des Regierungsrates über die „Alterspolitik im Kanton Bern“ wurde von der Kommission ebenfalls diskutiert und ausführlich beantwortet. Im Rahmen dieses Jahresberichtes können nicht alle Kapitel gestreift werden. Die dem Bericht zugrunde liegenden Ziele sind als sinnvoll und richtig beurteilt worden. Die Kommission hielt aber fest, dass im Bericht eine klare Abwägung der einzelnen Massnahmen im Rahmen einer Kosten-Nutzen-Analyse fehlt. Dies darf nicht heissen, dass die Finanzen das Angebot diktieren sollen. Es müssen aber Massnahmen, die finanziell tragbar sind und in besonderem Masse mithelfen, Kosten zu sparen, besonders gefördert und prioritär behandelt werden.

All diejenigen, die sich mit der Alterspolitik bzw. den Alterseinrichtungen befassen, wissen, dass die Zahl der Betagten und damit der Bedarf an unterstützenden Einrichtungen laufend zunimmt. Engagierte Politikerinnen und Politiker müssen sich dessen bewusst sein oder noch bewusst werden. Wir alle sind aufgefordert, uns gründlich mit der Alterspolitik auseinanderzusetzen und dies nicht den „Spezialisten“ zu überlassen. In den kommenden Jahren werden uns besonders die Spitalstrukturen und die Spitalfinanzierung, aber auch das Angebot im Gesundheitswesen und dessen Kosten im Allgemeinen weiterhin beschäftigen. Leider beginnt sich ein neues Problem abzuzeichnen: der Mangel an Hausärzten vor allem im ländlichen Raum. Neben der zeitlichen Beanspruchung scheinen die ungenügenden Entschädigungen (in reinen Bergregionen) zunehmend ein Problem darzustellen.

Ärztegesellschaft, medizinische Fakultät, Krankenkassen und Politik sind gefordert, diese Fragen intensiv zu diskutieren und nach Lösungen zu suchen. Es ist doch unbestritten, dass der Hausarzt eine tragende Säule der medizinischen Grundversorgung bildet. Ich danke allen Damen und Herren, die sich in irgendeiner Form in Gesundheitsfragen engagierten und aktiv bei der Kommissionsarbeit mitwirkten.

Jürg Eberle

## Gewerbe und Wirtschaft

Präsident: Hans Grunder, Grossrat, Rüegsauschachen

Die Tätigkeiten konzentrierten sich im verflassenen Jahr schwergewichtig auf die Grossratsgeschäfte, diese wurden für beide Kommissionen ausnahmslos an gemeinsamen Sitzungen vorbereitet und beraten.

Bei allen relevanten Geschäften konnten in der Regel einstimmige Beschlüsse gefasst werden. Mit grosser Sorge, muss ich aber feststellen, dass die Sichtweisen der beiden bürgerlichen Parteien in wichtigen Geschäften im Bereich KMU weit auseinander klaffen. Ohne Wachstum und den damit verbundenen Investitionen wird den Anliegen unserer Wählerschaft nicht Rechnung getragen. Die zunehmende Polarisierung Richtung politischer Ideologien und damit weg von der Sachpolitik ist der falsche Weg. Dies geschieht leider auch in unseren Reihen. Dem Unternehmertum, und damit meine ich auch die Landwirtschaft, wird es nur durch hartnäckiges Kämpfen gelingen, unseren Anliegen zum Durchbruch zu verhelfen. Dies heisst vor allem auch im Ratsaal am gleichen Strick ziehen. Ebenso bei Kerngeschäften wie z.B. dem sehr wichtigen Vorhaben „Gegenvorschlag zur Steuersenkungsinitiative“ war es nicht möglich, die eigenen Reihen zu schliessen.

Vermeehrt stellen wir leider fest, dass zwar Geschäfte in unserem Sinn überwiesen werden, unsere Anliegen aber von der Regierung schubladisiert oder überhaupt nicht umgesetzt werden. Es muss vermehrt ein Augenmerk von unserer Kommission auf die tatsächliche Umsetzung gerichtet werden. Ich wünsche mir für das laufende Jahr wiederum eine vermehrte sachbezogene Betrachtungsweise, obschon mir bewusst ist, dass dieser Wunsch durch die anstehenden Neuwahlen nicht leicht erfüllt werden kann. Ich danke allen, die sich aktiv an unserer Kommissionstätigkeit beteiligen und bin überzeugt, dass durch noch mehr "am gleichen Strick ziehen", auch mehr bewegt werden kann.

Hans Grunder

## Landwirtschaft-Tourismus

Präsident: Christian Oesch, Grossrat, Eriz

An der ersten Sitzung am 3. Februar 2004 wurde bekannt, dass der Präsident der neuen Verwaltungsführungs-Umsetzungskommission, Hansrudolf Gerber (FDP) auf den 1. März 2004 zurücktritt. Es stellte sich nun die Frage, ob sich jemand aus der SVP ums Präsidium bewerben soll. Dazu kommt, dass NEF als Ganzes wieder verstärkt der Kritik ausgesetzt ist. Am 1. Januar 2005 ist NEF flächendeckend gestartet. Wir werden später erfahren, was NEF dem Kanton Bern Gutes bringt (vor allem finanziell).

Die Geodatenbank des Kantons Bern gab eine Broschüre heraus, die auch einen Teil „Landwirtschaft“ beinhaltet. Darin wurden grosse Fehlinformationen publiziert. Zum Beispiel diejenige, dass der Kanton Bern jährlich eine halbe Milliarde Franken an die Landwirte als Direktzahlung ausrichtet. Die Direktzahlungen sind jedoch Bundesgelder, die durch den Kanton ausbezahlt werden. Dies warf wieder einmal ein schlechtes Bild auf die Landwirtschaft.

Das Projekt „Agrarpark Tägermatte“, Münsingen, wurde in der Kommission heftig diskutiert. Es wurde nicht verstanden, dass das schönste „Heimet“ im Kanton nun so genutzt werden soll und vor allem nicht, wie es dazu gekommen ist. Die Verantwortlichen standen Red und um Antwort. Im verflossenen Jahr wurden wir über die leidige Geschichte mit den Abdeckungen der offenen Güllengruben orientiert. Das war eine Forderung des BUWAL, die im Kanton Bern nun umgesetzt werden sollte. Durch Intervenieren der Kommission, wie durch die LOBAG, wurde diese Begehren sistiert. Weiter wurde bekannt, dass die LOBAG eine neue Leistungsvereinbarung für die Durchführung der Schlachtviehmärkte mit dem Kanton abgeschlossen hat.

Die Motion Küng, Diemtigen, „flexibler Schnitzeitpunkt bei Ökoflächen“, wurde mit 89 gegen 21 Stimmen angenommen. Die dringliche Motion von Siebenthal, „administrative und finanzielle Folgen der neuen Tierarzttheilmittelverordnung“, wurde in beiden Punkten entgegen der Regierungsmeinung als Motion überwiesen. Auch die dringliche Motion Oesch, „gezielte Massnahmen zur Verbesserung der bäuerlichen Einkommen und zur Sicherung der Milchproduktion“, wurde mit 114 zu 0 Stimmen und 5 Enthaltungen angenommen.

**Milchmengenmanagement:** Henriette von Wattenwyl präsentierte das Konzept der LOBAG zum Ausstieg aus der Milchkontingentierung. In der Geschäftsstelle der Fachkommission Milch und der Verwaltung, wird ein vorzeitiger Ausstieg diskutiert. Es soll eine Produzentenorganisation gegründet werden.

**Wachstumsstrategie:** Es gilt einmal mehr aufzuzeigen, dass die Landwirtschaft nicht einfach der Hemmschuh der Berner Wirtschaft ist. Die „Wasserversorgung Kandergrund“ sowie die „Tierzuchtbeiträge“ wurden im Vorfeld, wie zum Teil im Grossen Rat, heftig kritisiert und bekämpft. Dem Kredit wurde im Rat für beide Geschäfte zugestimmt.

Die eingereichte Interpellation Lecomte bezüglich der Krähenplage, wurde in der Septembersession behandelt. Nun wurde durch GR Messerli in der Septembersession mit einer Motion nachgedoppelt. Jetzt wurde durch die Volkswirtschaftsdirektion veröffentlicht, dass ab 01. Januar 2005 Betäubungsmittel zur Dezimierung der Krähen eingesetzt wird.

Es ist mir eine Anliegen, euch Kolleginnen und Kollegen, für die stets gute Zusammenarbeit in der Kommission zu danken. Ein weiterer Dank möchte ich der LOBAG für ihre Unterstützung sowie für die Protokollführung von Henriette von Wattenwyl aussprechen.

Christian Oesch

# SVP-Frauen Kanton Bern

Präsidentin: Monika Keller, Gysenstein

Die SVP Frauen Kanton Bern haben an ihrer 9. Delegiertenversammlung am 8. März 2004 beschlossen, den Herausforderungen unserer schnelllebigen Zeit mit einer beweglicheren, offeneren Organisation zu begegnen. Die neu gewählte Steuergruppe bekam den Auftrag, die Neuorganisation umzusetzen.

An der Delegiertenversammlung der Mutterpartei vom 19. Oktober 2004 wurde als wichtiger Schritt die Strategie 2004 – 2008 der SVP-Frauen Kanton Bern vorgestellt. Auf Ende Jahr wurden als Folge davon die Beauftragten für Frauenfragen durch das Netzwerk der SVP Frauen abgelöst. Das Netzwerk ist seit März 2004 bereits auf über 100 Frauen angewachsen. Mit diesem Netzwerk können die Vorteile der modernen Kommunikation aktiv genutzt werden. Wir freuen uns, wenn sich interessierte Frauen für das Netzwerk bei Jolanda Brunner, Postfach 827, Kirchgasse 8, 3700 Spiez, [j.brunner@swissonline.ch](mailto:j.brunner@swissonline.ch) anmelden. Sie erhalten per Mail oder per Post direkt von der Steuergruppe Informationen zu interessanten politischen Themen, werden um Ihre Meinung angefragt, erhalten Einladungen für Anlässe etc.

Die SVP-Kanton Bern hat viele Frauen in ihren Reihen, die über sehr grosses Sachwissen verfügen. Dieses Wissen möchten wir mit dem neuen Netzwerk vermehrt nutzen und die Frauen zu gewissen Themen direkt ansprechen und um ihre Meinung bitten. Nicht zuletzt möchten wir gegen Aussen manifestieren: die SVP ist keine Männerpartei, es politisieren viele engagierte Frauen!

Die SVP-Frauen Kanton Bern organisierten am 17. August in Lyss ein Podiumsgespräch über die Revision der Erwerbsersatzordnung. Das Pro Referat hielt Ursula Haller, Nationalrätin und das Contra Referat hielt Rita Gyax, Präsidentin der SVP Frauen Schweiz. Viele Frauen nutzten die Gelegenheit, um sich von kompetenter Seite über die bevorstehende Abstimmung informieren zu lassen.

Am 6. November fand in Zürich, organisiert vom Frauen Info eine Tagung über die Bilateralen Abkommen II statt. Unter anderen sprachen Bundesrätin Micheline Calmy-Rey und Monique Jametti Greiner, Vizedirektorin Bundesamt für Justiz. Die klaren Ausführungen von Monique Jametti über Schengen/Dublin überzeugten und beeindruckten. Die Tagung war perfekt organisiert und äusserst interessant.



Der Vorstand traf sich in alter Formation noch zu einer Sitzung, um die Delegiertenversammlung vorzubereiten. Ich möchte an dieser Stelle den verabschiedeten, langjährigen Vorstandsmitgliedern Rosmarie Zürcher, Ursula Heer, Evelyne Linder und Bethli Küng noch einmal ganz herzlich für ihren Einsatz für die Frauen in unserer Partei danken. Ihre engagierte Mitarbeit ermöglichte Weiterentwicklung.

Interessant und fordernd war die Zeit in der Steuergruppe. Es war spannend mit neuen Gesichtern die Reorganisation in Angriff zu nehmen. Alle haben sich in ihrem Ressort eingesetzt und machten es möglich, dass die Reorganisation am 19. Oktober an der kantonalen Delegiertenversammlung vorgestellt werden konnte. Ganz herzlichen Dank allen Mitgliedern der Steuergruppe für ihr Mitdenken und ihre Unterstützung.

Ich bin stolz, Ihnen eine junge engagierte SVP-Frau als neue Präsidentin vorstellen zu dürfen. Susanne Huber, Alpbachstrasse 11, 3860 Meiringen (Unternehmerin, Beratungen in Rechnungswesen und Finanzen), Gemeinderätin, übernimmt auf das neue Jahr das Präsidium der SVP-Frauen Kanton Bern. Ich wünsche Susanne Huber einen guten Start, viele interessante Gespräche und Begegnungen!

Mit diesem Jahresbericht verabschiede ich mich und danke Ihnen herzlich für das entgegengebrachte Vertrauen. Mein Engagement in der Politik war bereichernd, lehrreich, interessant und fordernd. Die Erfahrungen meiner Präsidentinnenzeit möchte ich nicht missen.

Monika Keller

# Landesteile

## Emmental

Die Hauptarbeit im Landesteil Emmental verursachte die Statutenrevision. Der Vorstand wurde verkleinert und die Delegiertenzahl verringert. Die Finanzierung erfolgt jeweils über die Amtsverbände Konolfingen, Signau und Trachselwald. In den Amtsverbänden gibt es keine Änderung.

Hans Wüthrich  
Präsident

## Jura bernois

L'année 2004 fut une année de transition s'il en faut, mais notre activité aura été axée en particulier sur des éléments de consolidation de nos structures internes.

En effet, sur proposition de notre comité directeur l'assemblée générale d'avril 2004 a entériné le principe d'un changement radical de l'encaissement de nos cotisations. En fonction de la création d'un seul cercle électoral pour l'ensemble du Jura bernois et en prévision de la réorganisation des districts avec une seule entité administrative pour l'ensemble du Jura bernois il a été décidé de procéder également au niveau de notre parti à une refonte fondamentale de nos structures de parti. De ce fait les cotisations d'un montant de Fr. 40.-- ont été fixées et seront encaissées centralement par l'UDC JB qui rétrocedera la cotisation du parti cantonal de Fr. 22.--. Les membres du district de Courtelary et une grande partie de ceux du district de Moutier ont déjà reçu leur cotisation et La Neuveville suivra en 2005.

Cette manière de procéder solutionnera une fois pour toute le problème lancinant des cotisations non encaissées par les sections et les fédérations de district. Cette lourde tâche a été confiée à Manfred Bühler qui reste caissier de notre parti et afin de le décharger un tant soi peu le secrétariat a été repris par Claude Röthlisberger. Pour corroborer le tout, une modification de nos statuts sera présentée à notre assemblée générale de 2005. Parallèlement à ces activités structurelles, nous avons collaboré avec l'appui des députés à la mise en place de la loi sur le nouveau statut du Jura bernois dont les attributions seront exercées par un nouveau Conseil du Jura bernois formé de 24 membres élus au suffrage universel au printemps 2006 en même temps que les prochaines élections du Grand Conseil.

Nous formons beaucoup d'espoir dans ce nouvel organisme appelé à représenter, défendre et promouvoir les intérêts de notre région. En cette fin d'année 2004, nous avons été confrontés à l'acceptation de l'initiative «un seul Jura» acceptée à une très forte majorité par le parlement jurassien. Cette initiative demande ni plus ni moins d'étudier la création d'une entité à 6 districts ceci parallèlement à l'étude mise en marche par l'Assemblée interjurassienne (AIJ). Ceci en était trop, ce qui a eu comme conséquence que nos 3 députés UDC avec l'appui et le soutien de notre parti ont décidé tout simplement de geler leur participation aux travaux de l'AIJ aussi longtemps que cette dernière ne retire pas sa propre étude sur une hypothétique réunification.

La réaction ne s'est pas longtemps fait attendre, ainsi lors de la séance de décembre dernier, l'AIJ a décidé tout simplement de surseoir momentanément à ce dossier aussi longtemps que du côté Jurassien on étudiera d'une manière aussi ostentatoire et diffamatoire une annexion pure et simple de notre région. Cette démarche permet ainsi à nos délégués UDC de continuer leur participation aux travaux de l'AIJ, et à notre parti de démontrer une fois de plus sa position claire et résolue dans sa détermination de maintenir le Jura bernois dans le canton de Berne. Après ce bref miroir politique qui nous donne dans les grandes lignes nos activités 2004, il s'agira comme par le passé à s'investir totalement et tous ensembles pour consolider à l'avenir toutes ces démarches entreprises en 2004 et afin d'être également le mieux positionné face aux grands défis électoraux de 2006 et 2007.

En conclusion, nous ferons tout avec l'appui du parti cantonal afin de faire face au mieux à ces grandes échéances politiques du canton de Berne.

Roland Benoit,  
président

## **Mittelland**

Ohne Ausnahme haben auch im vergangenen Jahr, jeweils Dienstag abends, in der Vorwoche der Session, die Landesteil-Fraktionssitzungen stattgefunden. Meistens in Anwesenheit von Regierungsrätin Elisabeth Zölch, wurden die Anliegen und Geschäfte des Mittellands unter die Lupe genommen. Der schon länger feststellbare Trend, dass nur mehr wenige Geschäfte einen ausgesprochenen „Landesteil-Charakter“ haben, hat sich bestätigt.

Eine Ausnahme bilden die Richterwahlen: Nicht zuletzt dank der Intervention der Mittellandfraktion ging die Wahl für die Stelle am Verwaltungsgericht diesmal ohne Nebengeräusche über die Bühne. Auch im Landesteil selbst hat man aus Fehlern gelernt: Dank einer internen, vorgängigen Ausmarchung stellte das Mittelland mit Dr. Yvo Schwegler den Kandidaten, der schliesslich das Rennen machte.

Die Zusammensetzung der Mittellandfraktion mit Vertretern aus Randregionen, Agglomeration und Hauptstadt führte erfreulicherweise oft zu lebhaften und kontroversen Diskussionen, die aber dem stets kameradschaftlichen Geist nichts anhaben können!

Erika Siegenthaler, Grossrätin  
Präsidentin

## **Oberaargau**

Nach der Delegiertenversammlung am 10. Februar 2004, nahm der neu zusammengestellte Vorstand des Landesteilverbandes Oberaargau (LTVO), seine Arbeiten auf. An sechs Vorstandssitzungen befassten wir uns hauptsächlich mit den Grossratswahlen 2006. Statutenrevision, Wahlkomitee, Listengestaltung, Strategie, usw. waren die Traktanden 2004.

Um die Grossratswahlen im LTVO zu organisieren fehlte uns die rechtliche Grundlage. Nach langen Diskussionen im Vorstand und einer Vernehmlassung in den Amtsverbänden konnten wir uns für eine sanfte Revision entscheiden. Der Vorstand schlägt der Delegiertenversammlung Anfang März 2005 kleine Änderungen an den bestehenden Statuten von 1992 vor. Die wichtigste Änderung ist, dass der LTVO den Auftrag und die finanziellen Mittel von den Amtsverbänden erhält, nebst den eidgenössischen Wahlen, auch die kantonalen Wahlen zu organisieren. Die Listengestaltung, die Anzahl Listen und das Wahlkomitee waren weitere Vorstandsgeschäfte. Vier, zwei oder nur eine Liste, was ist die richtige Strategie? Mit Hilfe von Analysen der Wahlen 2002 und nach eingehender Beratung entschieden wir uns für zwei Listen. Eine Liste Ost und eine Liste West. Fürs Wahlkomitee können wir der DV sechs ausgewiesene Personen vorschlagen. Das Komitee hat bereits ein Grobkonzept und Budget erarbeitet.

Ein weiteres Thema im Vorstand war der Zusammenschluss oder die Zusammenarbeit der Amtsverbände. Der LTVO konnte hier lediglich beratend Einfluss nehmen. Wir begrüessen sehr, dass sich die Amtsverbände für eine Zusammenarbeit entschieden. Aarwangen-Wangen zusammen und Burgdorf-Fraubrunnen zusammen. Die Amtsverbände werden weiterhin die Sektionen fördern und koordinieren. Ich danke den Vorstandsmitgliedern für Ihr Engagement im Landesteilverband und freue mich, mit Ihnen und dem Wahlkomitee das kommende wichtige Jahr in Angriff zu nehmen.

Hans Aeschbacher, Grossrat,  
Präsident

## **Oberland**

Wahlen sind Sache des Volkes. Die Entscheidung liegt in seiner Hand. Wenn sie dem Feuer den Rücken kehren und sich den Hintern verbrennen, werden sie eben auf den Blasen sitzen müssen.

Abraham Lincoln, ehemaliger Präsident von Amerika

### **Delegiertenversammlung LVO**

Am 4. Februar 2004 fand im Restaurant Lamm in Gwatt/Thun die ordentliche Delegiertenversammlung des LVO mit 46 Parteimitgliedern (2003 / 184 Parteimitglieder) statt. Wahlleiter Bruno Isenschmid analysierte die Nationalratswahlen 2003 aus Sicht des Berner Oberlandes und zeigte auf, wo noch Verbesserungen fürs 2007 möglich sind. Mit Freude kann festgestellt werden, dass die Finanzbasis des LVO absolut gesund ist. Peter Egger orientierte über die Fusion der beiden Amtsverbände Interlaken und Oberhasli.

Regierungsrat Werner Luginbühl ging in seinem Kurzreferat auf die geplante Bezirksreform ein und stellte im Detail das Modell 5+ vor. Leider wurde dann in der Grossratssession vom April 2004 (wegen Abwesenheit von 8 SVP-Grossräten) mit 91 zu 90 Stimmen dem Modell 5/8+ der Vorrang gegeben.

Das langjährige Wirken (Gemeinderat, Gemeindepräsident, Grossrat, Nationalrat) von Hanspeter Seiler wurde von Seiten des LVO bestens verdankt und mit einem kleinen Präsent gewürdigt. Hanspeter Seiler wünscht dem LVO, viel „Power“ und „politisches Feuer“.

## **Anlass mit Bundesrat Christoph Blocher**

Am 21. April 2004 organisierte der LVO einen erfolgreichen Anlass (über 700 Anwesende) zur „Bundes-Steuerreform“ mit Bundesrat Christoph Blocher im Casino Kursaal Interlaken. Dies war sein erster Auftritt seit seiner Wahl in den Bundesrat im Dezember 2003.

## **Grossratswahlen 2006**

Bereits an der Delegiertenversammlung des LVO vom 4. Februar 2004 wurden die Delegierten vom LVO umfassend über die Grossratswahlen 2006 sowie die veränderten Rahmenbedingungen (neue Wahlkreise, 160 statt 200 Grossräte) aufmerksam gemacht.

Eine Strategiegruppe (bestehend aus dem Vorstand LVO, allen Regierungstatthaltern und Oberrichter Walter Messerli) analysierte die neue Situation, erarbeitete ein Konzept und stellte dieses den Amtsverbandsvorständen und amtierenden Grossräten am 7. September 2004 in Faulensee vor. Dem Konzept mit 3 Listen im Berner Oberland (Oberland Ost / 17 Kandidaten, Oberland Mitte / 17 Kandidaten und Oberland West / 8 Kandidaten) konnten nach ausgiebiger und engagierter Diskussion eine Mehrheit zustimmen. Eine Wahlleitung LVO wird die Koordination der drei Unterwahlkreise übernehmen. Somit sind die Grossratswahlen 2006 im Berner Oberland lanciert.

Zum Schluss möchte ich allen Chargenträgern der SVP, vom einfachen „Nur-Mitglied“ über die Sektions- und Amtsverbandsvorständen, den Gross- und Nationalräten(innen), bis hin zu allen hier nicht namentlich genannten Funktionären der SVP, meinen ganz herzlichen Dank für das grosse Engagement und Einsatz für die Partei und Öffentlichkeit überbringen im Sinne von Jean Baptiste Mathieu, welcher sagt: „Dankbarkeit ist das Gedächtnis des Herzens.“

Gerhard Fischer, Grossrat,  
Präsident

## Seeland

Nach dem Wahljahr 2003 verlief das Jahr 2004 für den SVP Landesteil Seeland etwas ruhiger. Am 15. März fand in der Krone Aarberg die ordentliche Delegiertenversammlung statt. Nebst den ordentlichen Traktanden orientierte uns Regierungsrat Werner Luginbühl über die geplante „dezentrale Verwaltungs- und Justizreform“. Ersteres ist im Landesteil Seeland sehr umstritten. An den Vorstandssitzungen bereitete der Vorstand eine Statutenrevision vor. Obschon unsere Statuten erst vor zwei Jahren revidiert wurden, mussten sie nun an die neuen Verhältnisse des Wahlkreises Seeland angepasst werden.

Die wichtigsten Änderungen:

Der Landesteil Seeland besteht nun aus den Amtsverbänden Aarberg, Biel, Büren, Erlach und Nidau. Der Amtsverband Laupen gehört leider nach der neuen Wahlkreiseinteilung nicht mehr zum Landesteil Seeland. Wir bedauern dies sehr, da wir mit den Kolleginnen und Kollegen aus dem Amt Laupen immer ein sehr gutes Verhältnis hatten. Die Zuständigkeit für die Nominierungen bei kantonalen Wahlen musste auch aufgenommen werden, da diese Aufgabe nicht mehr bei den Amtsverbänden liegt. Der Landesteil kann neu auch Parolen für kantonale und eidgenössische Abstimmungen fassen. Vor zwei Jahren wurde die Delegiertenversammlung durch die Delegiertenkonferenz ersetzt. Jetzt wurde die Delegiertenversammlung, bestehend aus ca. 100 Delegierten, wieder eingeführt. Diese Statutenänderungen wurden an der Delegiertenkonferenz vom 25. Oktober 2004 genehmigt.

Anlässlich der Dezember-Vorstandssitzung haben wir uns auch intensiv mit den Grossratswahlen 2006 auseinandergesetzt. Wir haben einen Terminplan für die Wahlen 2006 festgelegt. Die Nomination der Kandidierenden soll an der Delegiertenversammlung vom 26. Oktober 2005 stattfinden. Diese Wahlen werden für alle Kandidierenden, aber auch für den Landesteilverband, eine grosse Herausforderung sein.

Für die gute Zusammenarbeit im Vorstand möchte ich allen herzlich danken.

Charles Aebersold, Grossrat,  
Präsident

# Gerichte

## Obergericht

Bei den Oberrichtern und Oberrichterinnen gab es im Jahre 2004 für einmal keine personellen Änderungen. Als Suppleantinnen wählte der Grosse Rat neu Annemarie Hubschmid (SVP) und Franziska Bratschi-Rindlisbacher (SVP), die SVP-Frauen sind auf dem Vormarsch, sowie Adrian Studiger (FDP). Per Anfang 2005 übernimmt Marcel Cavin (SVP) neu für drei Jahre das Präsidium des Obergerichts, zum Vizepräsidenten wurde Christian Trenkel gewählt. Bei der ungebrochen hohen Geschäftslast fällt vor allem auf, dass die Überprüfungen des fürsorglichen Freiheitsentzuges wegen Verwahrlosung etc. seit Jahren stetig zunehmen, was sowohl auf das steigende Bedürfnis nach entsprechenden Anordnungen als auch die erhöhte Rechtsmittelfreudigkeit der Eingewiesenen zurückzuführen ist.

Neben dem Kerngeschäft sind wir daran, eine bessere Koordination und einfachere Abläufe für die Kontrollaufgaben des Obergerichts gegenüber den Strafverfolgungsbehörden und der ersten Instanz anzustreben; eine erste Analyse als Grundlage der späteren Entscheidungen liegt bereits vor.

Dazu haben wir im Auftrag des Regierungsrates in Zusammenhang mit der geplanten Justizreform vertiefte Abklärungen zur Frage der Vertretung des Laienelementes bei kollegialen Strafgerichten sowie zur Frage des künftigen Wahlsystems für die Richter und Staatsanwälte gemacht und einen entsprechenden Bericht vorgelegt.

Georges Greiner  
Oberrichter



## Verwaltungsgericht

Das Verwaltungsgericht hatte im Berichtsjahr eine stark gestiegene Anzahl Fälle zu bearbeiten (Verwaltungsrechtliche Abteilung: 326 Eingänge [Vorjahr 239]; Sozialversicherungsrechtliche Abteilung: 1018 [Vorjahr 746]; französischsprachige Abteilung: 184 [Vorjahr 139]). Ein Grund liegt darin, dass per 1. Januar 2003 mit dem Inkrafttreten des Allgemeinen Teils des Sozialversicherungsrechts neu ein Einspracheverfahren gegen Verfügungen der Sozialversicherungen eingeführt wurde. Dieses hatte im Jahre 2003 zu einer deutlichen Reduktion der an das Verwaltungsgericht weitergezogenen Fälle geführt. Wie sich nun zeigt, ist dieser Rückgang nur vorübergehend, weil sehr viele Einspracheentscheide weitergezogen werden. Die erhoffte Filterwirkung des Einspracheverfahrens ist damit nur teilweise eingetreten. Dazu trägt wesentlich bei, dass das Verfahren in Sozialversicherungssachen von Bundesrechts wegen immer noch kostenlos ist, was keine Anreize schafft, die Erfolgsaussichten einer Beschwerde abzuschätzen.

Im Verwaltungsrecht ist ein Teil der Zunahme auf das Steuerrecht zurückzuführen: Im Kanton Bern konnten bisher Entscheide betreffend die direkte Bundessteuer an die Steuerrekurskommission und anschliessend direkt an das Bundesgericht weitergezogen werden. Das Verwaltungsgericht war nur für die kantonalen Steuern zuständig. Das Bundesgericht hat am 19. Dezember 2003 entschieden, für Bundessteuer und kantonale Steuern müsse der gleiche Rechtsmittelweg gelten. Demzufolge müssen nun die Entscheide der Steuerrekurskommission auch im Bereich der direkten Bundessteuer zunächst beim kantonalen Verwaltungsgericht angefochten werden. Zur Zeit sind verschiedene Modelle in Prüfung, wie auf diese neue Lage reagiert werden kann. In Frage kommen die Beibehaltung des aktuellen Rechtsmittelwegs (Einsprache - Rekurskommission - Verwaltungsgericht - Bundesgericht) oder die Schaffung einer einzigen gerichtlichen Instanz auf kantonaler Ebene, wobei dann entweder das Verwaltungsgericht vom Steuerrecht entlastet (Einsprache - Rekurskommission - Bundesgericht) oder die Steuerrekurskommission in das Verwaltungsgericht integriert werden kann (Einsprache - Verwaltungsgericht - Bundesgericht). Es wird Sache des bernischen Gesetzgebers sein, zwischen diesen Varianten zu entscheiden.

Per 1. Januar 2004 trat die auf Vorschlag der SVP-Fraktion gewählte Verwaltungsrichterin Bettina Arn de Rosa neu ins Verwaltungsgericht (verwaltungsrechtliche Abteilung) ein (Nachfolgerin von Verwaltungsrichterin Susanna Glatthard).

Per Ende März 2004 trat Verwaltungsrichter Prof. Dr. Peter Ludwig (SVP; verwaltungsrechtliche Abteilung) altershaber zurück. Als Nachfolger wählte der Grosse Rat auf Vorschlag der SVP-Fraktion Dr. Thomas Müller, der sein Amt am 1. April 2004 antrat. Auf Ende 2004 trat Verwaltungsrichter Dr. Peter Staub (SVP; sozialversicherungsrechtliche Abteilung) altershalber zurück. Als Nachfolger wählte der Grosse Rat auf Vorschlag der SVP-Fraktion Dr. Ivo Schwegler. Dieser wird sein Amt am 1. März 2005 antreten.

Den altershalber ausscheidenden Mitgliedern sei hier für ihre langjährige, grosse und äusserst wertvolle Tätigkeit im Dienste der bernischen Justiz gedankt.

Prof. Dr. Hansjörg Seiler  
Verwaltungsrichter

## **Untersuchungsrichterämter** (Regionale und Kantonale)

In der Untersuchungsregion Bern - Mittelland hat Barbara Bangerter-Beer nach einem halben Jahr ihre Tätigkeit als Untersuchungsrichterin wieder aufgegeben. Der Grosse Rat wird 2005 diese Stelle neu besetzen müssen. Im Berichtsjahr traten in der Region Emmental - Oberaargau am 1. Januar 2004 Eva Häberli (SP), resp. am 1. Februar 2004 Marcel Meier (SVP), ihre neuen Stellen als Untersuchungsrichter an.

Ebenfalls Anfang respektive Mitte 2004 konnten je ein a.o. Untersuchungsrichter mit einem 50%-Pensum ihre Arbeit in der Region Berner Oberland, sowie Emmental-Oberaargau, aufnehmen. Diese wegen der langzeitigen Überlastung notwendig gewordene Massnahme zeigt bereits erste spürbare Erfolge. Die Arbeitsbelastung auf sämtlichen Untersuchungsrichterämtern ist jedoch nach wie vor hoch.

Auch im Berichtsjahr nahm in den regionalen Untersuchungsrichterämtern speziell das Massengeschäft (Strafmandate und Bussenumwandlungen) teilweise markant zu. Rückblickend auf die letzten 2-3 Jahre musste eine Zunahme von über 30% bei den Strafmandaten und mindestens eine Verdoppelung bei den Bussenumwandlungen verarbeitet werden. Die Tendenz zeigt klar, dass heute lieber eine Gefängnisstrafe in Kauf genommen wird als eine Busse zu bezahlen. Durch diese Zunahme können neue ordentliche Verfahren vielfach nicht mit der notwendigen Intensität bearbeitet werden.

Durch die Einführung des neuen allgemeinen Teils des Strafgesetzbuches (AT StGB) im Jahre 2006, mit unter anderem der Idee mehr Bussen und weniger Gefängnisstrafen zu verhängen, wird die Zahl der Bussenumwandlungen sicherlich nochmals ansteigen. Die Geldstrafe wird zukünftig in Tagessätzen berechnet werden. Auch dies wird zu einem zusätzlichen Aufwand führen, werden doch diese Tagessätze durch diverse Faktoren bestimmt, welche abgeklärt und bestimmt werden müssen. Daneben haben die Untersuchungsbehörden, speziell das kantonale Untersuchungsrichteramt, gegen die negative Tendenz zu kämpfen, dass die verfahrensrechtlichen Garantien, die Begründungstiefe der Entscheide oder die Anforderungen an die formellen Erfordernisse immer mehr in den Vordergrund der Strafuntersuchung treten und dass das materielle Recht dabei langsam verschwindet. Auch wenn das mit dem Argument moderner Rechtsstaat vorgetragen wird, sollte diese Tendenz seitens der Justiz unbedingt bekämpft werden, da der Rechtsstaat dadurch klar untergraben wird.

Auf wenig Verständnis und Freude ist bei den Untersuchungsrichtern der neue Aktivismus des Gesetzgebers bezüglich der Lohngestaltung gestossen. Die neuen Massnahmen wie Abschaffung des Erfahrungsanstieges, dafür Leistungslohn, Prämien und Verdoppelung der möglichen Gehaltsstufen sind gesamthaft gesehen eine versteckte Lohnkürzung und nicht wie kommuniziert ein modernes Führungsinstrument.

Urs Fuhrer,  
Untersuchungsrichter

## **IV. Organisation / Personelles**

### **Organigramm der SVP Kanton Bern**

# Personelle Zusammensetzung der Parteiorgane

## Geschäftsleitung

Präsident:	Hermann Weyeneth, Nationalrat, Jegenstorf
Vizepräsidenten:	Hans Michel, Grossrat, Brienz Judith Renner-Bach, Wahlendorf
Geschäftsführer:	Christoph Neuhaus, Belp
Kassier:	Ulrich Iseli, Madiswil (bis 31.12.)
Präsident der Grossratsfraktion:	Werner Lüthi, Münsingen
Ein weiteres Mitglied:	Dieter Widmer, Grossrat, Wanzwil

## Parteivorstand

### *Präsident*

Hermann Weyeneth, Nationalrat, Jegenstorf

### *Fraktionspräsident*

Werner Lüthi, Münsingen

### *Die Regierungsmitglieder*

Urs Gasche, Fraubrunnen  
Werner Luginbühl, Krattigen  
Elisabeth Zölch, Bern

### *Die eidgenössischen Parlamentarier*

Adrian Amstutz, Sigriswil  
Ursula Haller, Thun  
Rudolf Joder, Belp  
Dr. Hans Lauri, Münsingen  
Fritz Oehli, Teuffenthal  
Simon Schenk, Trubschachen  
Walter Schmied, Moutier  
Hansruedi Wandfluh, Frutigen

*Betreuer der Landesteile, Amtsverbänden und Sektionen*  
Heinz Egli, Oberstocken

*Vertreterin der SVP Frauen Kanton Bern*  
Monika Keller, Gysenstein (bis 31.12.)

*Vertreter der Jungen SVP*  
André Schären, Ostermundigen

*Fünf bis sieben Mitglieder*  
Martin Baltisser, Bremgarten  
Sonja Bietenhard, Bern  
Manfred Bühler, Cortébert  
Christoph Neuhaus, Belp  
Renato Krähenbühl, Rubigen  
Hansjörg Seiler Prof., Münsingen  
Therese Rufer, Zuzwil

## Grossratsfraktion

Die SVP-Grossratsfraktion setzte sich 2004 wie folgt zusammen:

Charles Aebersold, Treiten	Verena Landolt, Gelterfingen
Werner Aebischer, Guggisberg	André Lecomte, Diesse
Hans Aeschbacher, Gümligen	Samuel Leuenberger, Trubschachen
Hans Aeschbacher, Bätterkinden	Werner Lüthi, Münsingen
Peter Aeschlimann, Neuenegg	Paul Messerli, Kirchdorf
Peter Andres, Roggwil	Hans Michel, Brienz
Walter Balmer, Rosshäusern	Urs Müller, Zäziwil
Therese Bernhard, Worb	Christian Oesch, Eriz
Hans Bichsel, Belp (bis 24.1.)	Hans Oppliger, Thun
Rudolf Bieri, Oberbipp	Dr. Daniel Pauli, Schliern
Jean-Michel Blanchard, Malleray	Fritz Reber, Schangnau
Andreas Blank, Aarberg	Hans Rösti, Kandersteg
Peter Brand, Münchenbuchsee	Therese Rufer, Zuzwil
Christian Brönnimann, Zimmerwald (ab 26.1.)	Andreas Sägesser, Schwarzenburg
Heinrich Burkhalter, Linden	Hans Ulrich Salzmann, Oberburg
Peter Eberhart, Erlenbach	Fred-Henri Schnegg, Sonceboz
Dr. Jürg Eberle, Grossaffoltern	Andreas Schneider, Ursenbach
Hans Etter, Zollikofen	Beat Schori, Bern
Gerhard Fischer, Meiringen	Alfred Schwarz, Uetendorf
Thomas Fuchs, Bern	Elisabeth Schwarz, Steffisburg
Alfred Gerber, Gohl	Erika Siegenthaler, Bern
Samuel Graber, Teuffenthal	Heinz Siegenthaler, Rüti b. Büren
Hans Grunder, Hasle-Rüegsau	Ueli Spring, Lyss
Rudolf Guggisberg, Kirchlindach	Charles Steiner, Ligerz
Christian Hadorn, Ochlenberg	Max Sterchi, Bern
Dr. Franz Haldimann, Burgdorf	Béatrice Struchen, Epsach
Lorenz Hess, Stettlen	Peter Studer, Höchstetten
Hans-Ulrich Kaiser, Leuzigen	Andreas Sutter, Biel
Carlo Kilchherr, Thun	Ueli Tiefenbach, Studen
Bethli Küng, Saanen	Erich von Siebenthal, Gstaad
Hans Küng, Diemtigen	Käthi Wälchli, Obersteckholz
Walter Kunz, Burgdorf	Dieter Widmer, Wanzwil
Matthias Kurt, Lenk	Ernst Wiedmer, Oppligen
	Paul Zwahlen, Matten

### 3 SD-Mitglieder

Paul Hänni, Thun  
Hans-Peter Riesen, Bern  
Peter Schori, Spiegel

# Vertretung in der SVP Schweiz

## Kommissionspräsidenten

Hanspeter Seiler, a.Nationalrat, Oberhofen	Senioren
Hermann Weyeneth, Nationalrat, Jegenstorf	Landwirtschaftspolitik

## Mitglieder des Zentralvorstandes

Jolanda Brunner, Spiez  
Ursula Haller, Nationalrätin, Thun  
Werner Luginbühl, Regierungsrat, Krattigen (bis 31.12)  
Christoph Neuhaus, Geschäftsführer, Belp  
Judith Renner-Bach, Wahlendorf  
Franziska Schluemp, Huttwil  
Samuel Schmid, Bundesrat, Rütli b. Büren  
Hanspeter Seiler, a.Nationalrat, Oberhofen  
Hermann Weyeneth, Nationalrat, Jegenstorf



## **Regierungsmitglieder**

Elisabeth Zölch, Volkswirtschaftsdirektorin, Bern  
Urs Gasche, Finanzdirektor, Fraubrunnen  
Werner Luginbühl, Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektor, Krattigen

## **Parteisekretariat**

Christoph Neuhaus, Partei- und Fraktionssekretär, Belp  
Ursula Stucki, Mitarbeiterin, Moosseedorf (bis 31.12.)  
Matthias Eggimann, Mitarbeiter, Fraubrunnen  
Manfred Bühler, Praktikant, Cortébert (ab 27.10.)

## **Stiftungsrat „Hilfsfonds SVP-Kanton Bern“**

Werner Moser, Präsident, Obergoldbach  
Ernst Burri, Sekretär, Lanzenhäusern  
Alfred Aeschlimann, Kassier, Interlaken  
Pierre Berger, Beisitzer, Mont-Crosin  
Werner Salzmann, Beisitzer, Mülchi  
Vreni Jenni, Beisitzerin, Kappelen

## **Vorstand des „Bären-Club“ der SVP-Kanton Bern**

Hanspeter Seiler, Nationalrat, Präsident, Oberhofen  
Elisabeth Zölch, Regierungsrätin, Vizepräsidentin, Bern  
Christoph Neuhaus, Sekretär, Belp  
Fritz Ritter, Kassier, Hasle-Rüegsau  
Ueli Iseli, Beisitzer, Madiswil (bis 31.12.)  
Fritz Marthaler, Beisitzer, Biel  
Hermann Weyeneth, Nationalrat, Beisitzer, Jegenstorf

## **Wir gratulieren zur Wahl als**

### **Verwaltungsrichter**

Dr. Thomas Müller, Riggisberg

Dr. Ivo Schwegler, Boll

### **Präsident des Obergerichts**

Marcel Cavin, Langenthal

### **Präsidentin der Steuerungskommission**

Therese Bernhard, Worb

### **Mitglied der Geschäftsprüfungskommission**

Lorenz Hess, Stettlen

## **Wir danken ganz herzlich**

### **Verwaltungsrichter**

Ludwig Prof. Peter, Münsingen

Staub Dr. Peter, Muri

### **Untersuchungsrichterin**

Bangerter-Beer Barbara, Thun

## Unsere Verstorbenen

Im Berichtsjahr hatte die Partei wieder den Verlust verdienter und langjähriger Exponenten zu beklagen. Dabei seien namentlich erwähnt:

**Bichsel Hans**, Grossrat, Belp, verstarb in seinem 59. Lebensjahr. Hans Bichsel gehörte dem Grossrat Rat seit 1998 an.

**Schüpbach Alfred**, Wasen, a. Grossrat, , verstarb in seinem 80. Lebensjahr. Alfred Schüpbach gehörte dem Grossen Rat von 1974 - 1990 an.

**Aebi Paul**, a.Grossrat, Huttwil, verstarb in seinem 90. Lebensjahr. Paul Aebi gehörte dem Grossen Rat von 1966 - 1982 an.

Die Verstorbenen haben sich mit viel Sachkompetenz und grosser Schaffenskraft für die Belangen des Kantons Bern und seiner Bevölkerung eingesetzt. Die SVP des Kantons Bern wird den Verstorbenen in Ehren gedenken.

# Schlusswort

## Alles hat ein Ende – wir wünschen Ursula Stucki alles Gute

Auf das Jahresende geht eine Ära zu Ende - Ursula Stucki verlässt die Geschäftsstelle unserer Partei und tritt in den vorzeitigen Ruhestand. Dies tut sie nach 36 Jahren - mit Unterbrüchen - Arbeit für die damalige BGB- und jetzige SVP-Kanton Bern.

Als sie, damals noch unter dem ledigen Namen Eberhard, ihre Arbeit an der Optingenstrasse 1 antrat, wurde im Kanton Bern gerade das Frauenstimmrecht eingeführt. Es dauerte noch Jahre, bis dieses Recht auch auf eidgenössischer Ebene eingeführt wurde. In den vergangenen fast 40 Jahrzehnten kam so manches, an das man in den damaligen „wilden 68ern“ gar nie gedacht hätte. Beeindruckend ist die Zahl der Würdenträgerinnen und -träger der Berner SVP, die Ursula Stucki erlebte. Über 250 Grossrätinnen und Grossräte waren es, mit denen sie im Rahmen der Fraktion zu tun hatte. Übersichtsartig „überdauerte“ Ursula Stucki folgende Anzahl Personen:

- 39 Nationalrätinnen und -räte
- 30 Oberrichterinnen und -richter
- 13 Fraktionspräsidenten
- 13 Vizepräsidentinnen und -präsidenten
- 12 Regierungsrätinnen und -räte
- 12 Grossratspräsidentinnen und -präsidenten
- 12 Verwaltungsrichter
- 8 Parteisekretäre
- 6 Ständeräte
- 6 Parteipräsidenten
- 6 Bundesrichter
- 4 Bundesräte
- 1 Fraktionspräsidentin

Diese imposante Zahlenreihe gibt das Wirken von Ursula Stucki nur bruchstückhaft wieder. Sie hat unzählige Ereignisse und Begebenheiten im Kopf, die nirgends dokumentiert sind und die sie loyalerweise auch kaum erzählte – nur dann und wann gab sie ein Münsterchen preis.

Mit ihr geht ein Stück Parteigeschichte. Unsere SVP wünscht ihr im Unruhestand alles Gute, gute Gesundheit und die Musse um all das zu machen, was sie während langen Jahren nicht tun konnte und sich jetzt zusammen mit ihrem Gatten Heinz vorgenommen hat.

Christoph Neuhaus,  
Geschäftsführer

## V. Die Partei in Zahlen

### Mitgliederzahlen

Sektion	Bestand	Bestand	Veränderung	+/- in %
	31/12/2003	31/12/2004		
Aarberg	133	135	2	1.50%
Grossaffoltern	125	119	-6	-4.80%
Kallnach	82	118	36	43.90%
Kappelen	90	85	-5	-5.56%
Lyss	123	128	5	4.07%
Meikirch	121	123	2	1.65%
Radelfingen	56	58	2	3.57%
Rapperswil	140	116	-24	-17.14%
Seedorf	244	241	-3	-1.23%
Schüpfen	246	237	-9	-3.66%
Einzelmitglieder	2	1	-1	-50.00%
<b>Aarberg</b>	<b>1'362</b>	<b>1'361</b>	<b>-1</b>	<b>-0.07%</b>
Aarwangen	182	171	-11	-6.04%
Auswil	9	9	0	0.00%
Busswil	33	37	4	12.12%
Gondiswil	67	61	-6	-8.96%
Kleindietwil	35	34	-1	-2.86%
Langenthal	205	217	12	5.85%
Leimiswil	32	27	-5	-15.63%
Lotzwil	63	65	2	3.17%
Madiswil	133	129	-4	-3.01%
Melchnau	116	116	0	0.00%
Ober-	41	42	1	2.44%
/Untersteckholz				
Roggwil	110	112	2	1.82%
Rohrbach	66	65	-1	-1.52%
Rüschelen	43	43	0	0.00%
Schwarzhäusern	24	20	-4	-16.67%
Thunstetten	112	108	-4	-3.57%
Ursenbach	93	93	0	0.00%
Wynau	22	21	-1	-4.55%
<b>Aarwangen</b>	<b>1'386</b>	<b>1'370</b>	<b>-16</b>	<b>-1.15%</b>

Sektion	Bestand	Bestand	Veränderung	+/- in %
	31/12/2003	31/12/2004		
Bern	377	340	-37	-9.81%
Bolligen	143	144	1	0.70%
Bremgarten	46	45	-1	-2.17%
Ittigen	56	63	7	12.50%
Kirchlindach	141	139	-2	-1.42%
Köniz-Liebefeld				
Köniz-				
Niederscherli				
Köniz-Oberscherli				
Köniz-Schliern				
Köniz-Spiegel				
Köniz-Wabern				
Köniz-Wangental				
Total Köniz	429	400	-29	-6.76%
Muri	109	113	4	3.67%
Ostermundigen	62	65	3	4.84%
Oberbalm	54	49	-5	-9.26%
Stettlen	79	77	-2	-2.53%
Vechigen	240	241	1	0.42%
Wohlen	155	151	-4	-2.58%
Zollikofen	121	123	2	1.65%
<b>Bern</b>	<b>2'012</b>	<b>1'950</b>	<b>-62</b>	<b>-3.08%</b>
Biel	69	65	-4	-5.80%
<b>Biel</b>	<b>69</b>	<b>65</b>	<b>-4</b>	<b>-5.80%</b>
Arch	39	33	-6	-15.38%
Büetigen	49	46	-3	-6.12%
Büren	134	136	2	1.49%
Busswil	46	46	0	0.00%
Diessbach	83	83	0	0.00%
Dotzigen	44	47	3	6.82%
Lengnau	39	38	-1	-2.56%
Leuzigen	77	72	-5	-6.49%
Meinisberg	50	44	-6	-12.00%
Oberwil	61	61	0	0.00%
Pieterlen	71	64	-7	-9.86%
Rüti	59	56	-3	-5.08%
Wengi	41	42	1	2.44%
<b>Büren</b>	<b>793</b>	<b>768</b>	<b>-25</b>	<b>-3.15%</b>

<b>Sektion</b>	<b>Bestand 31/12/2003</b>	<b>Bestand 31/12/2004</b>	<b>Veränderung</b>	<b>+/- in %</b>
Aefligen	29	31	2	6.90%
Alchenstorf	86	81	-5	-5.81%
Bäriswil	32	31	-1	-3.13%
Burgdorf	144	161	17	11.81%
Ersigen	150	148	-2	-1.33%
Heimiswil	130	131	1	0.77%
Hasle	162	156	-6	-3.70%
Hindelbank	78	81	3	3.85%
Höchstetten-	55	46	-9	-16.36%
Hellsau				
Kirchberg	148	144	-4	-2.70%
Koppigen-	115	111	-4	-3.48%
Willadingen				
Krauchthal	159	144	-15	-9.43%
Lyssach	99	93	-6	-6.06%
Mötschwil-Rüti	36	35	-1	-2.78%
Nieder-	41	39	-2	-4.88%
ösch/Oberösch				
Oberburg	183	179	-4	-2.19%
Rüdtligen-	57	57	0	0.00%
Alchenflüh				
Wynigen	182	177	-5	-2.75%
<b>Burgdorf</b>	<b>1'886</b>	<b>1'845</b>	<b>-41</b>	<b>-2.17%</b>
Corgémont	18	18	0	0.00%
Cortébert	13	13	0	0.00%
Courtelary	8	8	0	0.00%
La Chaux-d'Abel	11	11	0	0.00%
La Ferrière	20	17	-3	-15.00%
Mont-Tramelan	9	8	-1	-11.11%
Orvin	7	6	-1	-14.29%
Péry	17	16	-1	-5.88%
Plagne	3	4	1	33.33%
Renan	21	21	0	0.00%
Romont	7	7	0	0.00%
St. Imier	33	34	1	3.03%
Sonceboz	10	10	0	0.00%
Sonvilier	26	22	-4	-15.38%
Tramelan	44	43	-1	-2.27%
Vaufelin	2	2	0	0.00%
<b>Courtelary</b>	<b>249</b>	<b>240</b>	<b>-9</b>	<b>-3.61%</b>

Sektion	Bestand	Bestand	Veränderung	+/- in %
	31/12/2003	31/12/2004		
Brüttelen	20	19	-1	-5.00%
Erlach	77	78	1	1.30%
Finsterhennen	14	21	7	50.00%
Gals	61	59	-2	-3.28%
Gampelen	22	22	0	0.00%
Ins	203	202	-1	-0.49%
Lüscherz	7	7	0	0.00%
Müntschemier	111	110	-1	-0.90%
Siselen	25	25	0	0.00%
Treiten	55	51	-4	-7.27%
Tschugg	22	21	-1	-4.55%
Vinelz	38	37	-1	-2.63%
<b>Erlach</b>	<b>655</b>	<b>652</b>	<b>-3</b>	<b>-0.46%</b>
Bätterkinden	133	134	1	0.75%
Bangerten	23	23	0	0.00%
Büren zum Hof	68	66	-2	-2.94%
Diemerswil	24	24	0	0.00%
Etzelkofen	17	17	0	0.00%
Fraubrunnen	98	99	1	1.02%
Grafenried	40	47	7	17.50%
Jegenstorf-	160	156	-4	-2.50%
Münchringen				
Iffwil	30	27	-3	-10.00%
Limpach	41	41	0	0.00%
Mattstetten	33	29	-4	-12.12%
Moosseedorf	91	101	10	10.99%
Mülchi	17	16	-1	-5.88%
Münchenbuchsee	226	223	-3	-1.33%
Ruppoldsried	9	9	0	0.00%
Urtenen-	85	83	-2	-2.35%
Schönbühl				
Utzenstorf	176	172	-4	-2.27%
Wiler b. Utzenstorf	35	35	0	0.00%
Zauggenried	36	36	0	0.00%
Zielebach	28	24	-4	-14.29%
Zuzwil	64	64	0	0.00%
<b>Fraubrunnen</b>	<b>1'434</b>	<b>1'426</b>	<b>-8</b>	<b>-0.56%</b>



Sektion	Bestand	Bestand	Veränderung	+/- in %
	31/12/2003	31/12/2004		
Adelboden	69	67	-2	-2.90%
Aeschi	104	99	-5	-4.81%
Frutigen	165	163	-2	-1.21%
Kandersteg	28	28	0	0.00%
Reichenbach	119	118	-1	-0.84%
<b>Frutigen</b>	<b>485</b>	<b>475</b>	<b>-10</b>	<b>-2.06%</b>
Beatenberg	52	52	0	0.00%
Bönigen	18	18	0	0.00%
Brienz	81	78	-3	-3.70%
Grindelwald	146	155	9	6.16%
Habkern	44	44	0	0.00%
Interlaken	83	79	-4	-4.82%
Lauterbrunnen	38	38	0	0.00%
Matten	62	52	-10	-16.13%
Ringgenberg	64	63	-1	-1.56%
Unterseen	69	71	2	2.90%
Wilderswil	43	46	3	6.98%
Einzelmitglieder	12	10	-2	-16.67%
<b>Interlaken</b>	<b>712</b>	<b>706</b>	<b>-6</b>	<b>-0.84%</b>
Arni	63	61	-2	-3.17%
Biglen	106	104	-2	-1.89%
Bowil	93	91	-2	-2.15%
Grosshöchstetten	89	81	-8	-8.99%
Konolfingen	281	274	-7	-2.49%
Landiswil	52	54	2	3.85%
Linden	75	72	-3	-4.00%
Mirchel	60	60	0	0.00%
Münsingen	114	114	0	0.00%
Oberdiessbach	119	114	-5	-4.20%
Oberthal	52	45	-7	-13.46%
Kiesen-Oppligen	67	66	-1	-1.49%
Allmendingen	37	34	-3	-8.11%
Rubigen	75	74	-1	-1.33%
Trimstein	33	40	7	21.21%

Sektion	Bestand	Bestand	Veränderung	+/- in %
	31/12/2003	31/12/2004		
Schlosswil	61	59	-2	-3.28%
Tägertschi	21	21	0	0.00%
Walkringen	63	57	-6	-9.52%
Wichtrach	142	146	4	2.82%
Worb	239	235	-4	-1.67%
Zäziwil	84	82	-2	-2.38%
<b>Konolfingen</b>	<b>1'926</b>	<b>1'884</b>	<b>-42</b>	<b>-2.18%</b>
Ferenbalm	108	105	-3	-2.78%
Frauenkappelen	43	43	0	0.00%
Golaten	17	17	0	0.00%
Gurbrü	32	25	-7	-21.88%
Kriechenwil	33	33	0	0.00%
Laupen	70	67	-3	-4.29%
Mühleberg	162	155	-7	-4.32%
Münchenwiler	19	18	-1	-5.26%
Neuenegg	228	235	7	3.07%
Einzelmitglieder	2	0	-2	-100.00%
<b>Laupen</b>	<b>714</b>	<b>698</b>	<b>-16</b>	<b>-2.24%</b>
Court	14	12	-2	-14.29%
Malleray	22	22	0	0.00%
Moutier	50	50	0	0.00%
Reconvilier	16	16	0	0.00%
Sornetan	1	0	-1	-100.00%
Sorvilier	1	0	-1	-100.00%
Tavannes	22	23	1	4.55%
Diverse	29	29	0	0.00%
<b>Moutier</b>	<b>155</b>	<b>152</b>	<b>-3</b>	<b>-1.94%</b>
Diesse	4	4	0	0.00%
La Neuveville	38	35	-3	-7.89%
Lamboing	2	2	0	0.00%
Lignières	6	5	-1	-16.67%
Nods	13	11	-2	-15.38%
Prêles	5	5	0	0.00%
<b>La Neuveville</b>	<b>68</b>	<b>62</b>	<b>-6</b>	<b>-8.82%</b>

Sektion	Bestand	Bestand	Veränderung	+/- in %
	31/12/2003	31/12/2004		
Bühl	22	22	0	0.00%
Epsach	46	42	-4	-8.70%
Ipsach	42	44	2	4.76%
Jens	39	39	0	0.00%
Ligerz	46	45	-1	-2.17%
Mörigen	44	60	16	36.36%
Nidau	9	11	2	22.22%
Orpund	50	49	-1	-2.00%
Port	35	28	-7	-20.00%
Safnern	96	94	-2	-2.08%
Schwadernau	17	16	-1	-5.88%
Studen	35	43	8	22.86%
Täuffelen	63	90	27	42.86%
Twann	57	57	0	0.00%
Walperswil	71	59	-12	-16.90%
Worben	66	65	-1	-1.52%
Einzelmitglieder	64	64	0	-6.66%
<b>Nidau</b>	<b>802</b>	<b>828</b>	<b>26</b>	<b>3.24%</b>
Därstetten	48	43	-5	-10.42%
Diemtigen	107	100	-7	-6.54%
Erlenbach	30	30	0	0.00%
Oberwil	44	48	4	9.09%
Reutigen	85	87	2	2.35%
Spiez				
Spiezwiler				
Einigen/Gwatt				
Faulensee				
Hondrich				
Total Spiez	181	169	-12	-6.63%
Wimmis	151	147	-4	-2.65%
<b>Niedersimmental</b>	<b>646</b>	<b>624</b>	<b>-22</b>	<b>-3.41%</b>

Sektion	Bestand	Bestand	Veränderung	+/- in %
	31/12/2003	31/12/2004		
Gadmen	11	9	-2	-18.18%
Hasliberg	41	39	-2	-4.88%
Innertkirchen	48	48	0	0.00%
Meiringen	127	113	-14	-11.02%
<b>Oberhasli</b>	<b>227</b>	<b>209</b>	<b>-18</b>	<b>-7.93%</b>
Boltigen	55	53	-2	-3.64%
Lenk	74	70	-4	-5.41%
St. Stephan	44	43	-1	-2.27%
Zweisimmen	102	99	-3	-2.94%
<b>Obersimmental</b>	<b>275</b>	<b>265</b>	<b>-10</b>	<b>-3.64%</b>
Gsteig	37	35	-2	-5.41%
Saanen	175	175	0	0.00%
<b>Saanen</b>	<b>212</b>	<b>210</b>	<b>-2</b>	<b>-0.94%</b>
Albligen	22	22	0	0.00%
Guggisberg	60	58	-2	-3.33%
Rüschegg	49	51	2	4.08%
Wahlern	199	196	-3	-1.51%
<b>Schwarzenburg</b>	<b>330</b>	<b>327</b>	<b>-3</b>	<b>-0.91%</b>
Belp	204	203	-1	-0.49%
Belpberg	75	71	-4	-5.33%
Burgistein	47	46	-1	-2.13%
Gelterfingen	20	17	-3	-15.00%
Gerzensee	87	82	-5	-5.75%
Gurzelen	42	42	0	0.00%
Kaufdorf	32	29	-3	-9.38%
Kehrsatz	38	39	1	2.63%
Kirchdorf	135	131	-4	-2.96%
Riggisberg	104	103	-1	-0.96%
Rüeggisberg	136	130	-6	-4.41%
Rümligen	33	33	0	0.00%
Rüti	9		-9	-100.00%
Seftigen	49	46	-3	-6.12%

Sektion	Bestand	Bestand	Veränderung	+/- in %
	31/12/2003	31/12/2004		
Thurnen/Lohnstorf	50	49	-1	-2.00%
Toffen	67	63	-4	-5.97%
Uttigen/Kienersrüti	65	60	-5	-7.69%
Wattenwil	82	81	-1	-1.22%
Zimmerwald	123	119	-4	-3.25%
<b>Seftigen</b>	<b>1'398</b>	<b>1'344</b>	<b>-54</b>	<b>-3.86%</b>
Eggiwil	164	162	-2	-1.22%
Langnau	195	184	-11	-5.64%
Lauperswil	109	106	-3	-2.75%
Röthenbach	73	73	0	0.00%
Rüderswil	106	98	-8	-7.55%
Schangnau	105	105	0	0.00%
Signau	110	101	-9	-8.18%
Trub/Trubschachen	157	159	2	1.27%
<b>Signau</b>	<b>1'019</b>	<b>988</b>	<b>-31</b>	<b>-3.04%</b>
Amsoldingen	53	53	0	0.00%
Blumenstein	37	36	-1	-2.70%
Buchholterberg	89	89	0	0.00%
Fahrni	55	51	-4	-7.27%
Forst-Längenbühl	35	35	0	0.00%
Heiligenschwendi	19	16	-3	-15.79%
Heimberg	57	65	8	14.04%
Hilterfingen	53	51	-2	-3.77%
Höfen	39	37	-2	-5.13%
Linkes Zulgufer	79	78	-1	-1.27%
Oberhofen	72	76	4	5.56%
Schwarzenegg	140	140	0	0.00%
Sigriswil	134	121	-13	-9.70%
Steffisburg	153	150	-3	-1.96%
Thierachern	53	50	-3	-5.66%
Thun	292	231	-61	-20.89%
Uebeschi	34	34	0	0.00%
Uetendorf	178	175	-3	-1.69%
Zwieselberg	21	21	0	0.00%
<b>Thun</b>	<b>1'593</b>	<b>1'509</b>	<b>-84</b>	<b>-5.27%</b>

Sektion	Bestand	Bestand	Veränderung	+/- in %
	31/12/2003	31/12/2004		
Affoltern	112	102	-10	-8.93%
Dürrenroth	71	70	-1	-1.41%
Eriswil	90	92	2	2.22%
Huttwil	199	190	-9	-4.52%
Lützelflüh	142	139	-3	-2.11%
Rüegsau	191	175	-16	-8.38%
Sumiswald	251	244	-7	-2.79%
Trachselwald	57	51	-6	-10.53%
Walterswil	50	49	-1	-2.00%
Wyssachen	61	61	0	0.00%
<b>Trachselwald</b>	<b>1'224</b>	<b>1'173</b>	<b>-51</b>	<b>-4.17%</b>
Attiswil	40	38	-2	-5.00%
Bollodigen/Bettenh.	27	0	-27	-100.00%
Graben/Berken	26	26	0	0.00%
Herzogenbuchsee	192	164	-28	-14.58%
Inkwil	37	33	-4	-10.81%
Niederbipp	124	119	-5	-4.03%
Oberbipp	83	87	4	4.82%
Ochlenberg	63	61	-2	-3.17%
Seeberg-Hermiswil	128	125	-3	-2.34%
Thörigen	92	93	1	1.09%
Wangen	110	106	-4	-3.64%
Wiedlisbach	50	50	0	0.00%
Wolfisberg	2	2	0	0.00%
<b>Wangen</b>	<b>974</b>	<b>904</b>	<b>-70</b>	<b>-7.19%</b>
<b>Total Kanton</b>	<b>22'606</b>	<b>21'621</b>	<b>-985</b>	<b>-4.36%</b>